

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.
 Post in 50 Pf. vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Vollbezug: Monats-
 lich 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.- RM. für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Vollbestellungen nehmen an: Dän-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragenes in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Verlag: K. G. Lohmann
 „Sozialdemokrat Verlag“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1 die fliegengelagerte Rollen-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das heißt die Zeile 20 Pf. (zu-
 lässig 2 fortgesetzte Zeilen). Jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stempelgebühren
 und Schließelgebühren das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungsgebühr 10 Pf.,
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Berichts-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin, S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schluß für die
 tägliche bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonntag, den 20. Januar 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Eröffnung der Konstituante.

Oesterreich-Ungarn.

Es darf wohl gesagt werden, daß in Oesterreich-Ungarn augenblicklich sehr starke politische Spannungen bestehen, die nicht allein auf die Ernährungsnotwendigkeiten und auf die Kürzung der Ration zurückzuführen sind. Nebenher läuft der scharfe Angriff des Wiener „Fremdenblatts“ auf eine bestimmte politische Richtung in Deutschland, als deren Exponenten man mit Recht oder Unrecht den Fürsten Bülow betrachtet. Die ungeheure Aufregung der alldeutschen Presse über diesen Angriff zeigt, daß hier wieder einmal etwas wie eine „Krise“ im Gange ist und daß wieder „wichtige Entscheidungen“ erwartet werden. Die Stimmung Oesterreichs, auch Deutsch-Oesterreichs, wendet sich gegen die offen oder versteckt annexionsistische Richtung in der deutschen Politik, und wenn sie neuerdings so überaus sinnfällig in Erscheinung getreten ist, so rührt das zum guten Teil auch von der Sorge her, daß durch einen Sieg jener Richtung der Krieg verlängert werden könnte.

Graf Czernin, der infolge der Ereignisse nach Wien zurückgekehrt ist, hat eine unten wiedergegebene, höchst bemerkenswerte Aeußerung getan, die offenbar dazu bestimmt ist, die sehr hochgehenden Bogen der Erregung zu beruhigen. Wenn man auch in der Beurteilung diplomatischer Stundgebungen durch Erfahrung zur größten Vorsicht gemahnt wird, so scheinen Czernins Worte doch darauf hinzuweisen, daß sich Oesterreich-Ungarn von dem Plan der sogenannten „austropolnischen Lösung“ zurückzieht. Wenn nun Oesterreich-Ungarn dem Frieden zuliebe tatsächlich auf jeden Gedanken der „Macht-erweiterung“ verzichten sollte, so würde es unmöglich wollen können, daß die Friedensverhandlungen von anderer Seite durch solche Gedanken gestört würden.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schrieb am Freitag in einem Artikel:

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Verhandlungen scheitern und der Krieg weitergeht, so lange, als entweder auch in Rußland wieder die Aristokratie oder auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Demokratie die Friedensbedingungen bestimmt. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk bringen uns dann nur den einen Gewinn, daß wir wenigstens wissen, wofür der Krieg fortgesetzt werden muß.

Ein Wiener Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ gibt dazu folgenden nach unseren Informationen zutreffenden Kommentar:

Es wird immer klarer, daß mit halbem Einverständnis der Regierung die Völker Oesterreichs, auch die Deutschen den Krieg nicht länger führen wollen, als bis auch die Entente zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, ja, daß sie die Verständigung an sich und die Befreiung aller Völker von ihren Imperialisten als eines der Kriegsziele selbst betrachten. Die Entente geht hier mehr und mehr von einem egoistischen Nationalismus zum demokratischen Internationalismus über. Man muß diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Ruin- und Siegfrieden, der zugleich die Vereinigung des Militarismus bedeuten würde, einzutreten. Keine Agitation und keine Umarmung der Entente hat auf das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland so nachteilig eingewirkt, wie das Gebahren der deutschen Vaterlandspartei.

Das ist eine deutliche Mahnung an unsere inner- und außerpolitischen Scharmacher, den Bogen nicht zu überspannen. Leberreiztes Machtbewußtsein verblendet, Verblendung aber führt die Völker ins Verderben. Unverständnis von oben hat kein Recht, sich über Unverständnis von unten zu beklagen.

Am Dienstag wird voraussichtlich endlich der Reichszankler im Hauptauschuß des noch immer vertagten Reichstags, dessen Einberufung von der Sozialdemokratie vergeblich gefordert worden ist, seine lang erwartete Rede halten. Wird er sprechen wie Czernin? Wird er der wachsenden Friedensneigung in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, England, Amerika — für die tropaladem die Wilson-Votivast ein deutliches Zeugnis ist — Gerechtigkeit widerfahren lassen? Es hängt sehr viel von dieser Rede ab!

„Wir wollen nichts von Rußland.“

Graf Czernin haftet und bürgt dafür.
 Brest-Litowsk, 18. Januar. Der Vertreter des Wiener A. S. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus hatte am 17. 1. eine Unterredung mit dem Grafen Czernin über den Stand

der Friedensverhandlungen. Graf Czernin äußerte sich hierbei folgendermaßen:

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Wien sind in vollem Gange. Dessen Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig.

Ich haße und bürgte jedoch dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen, noch Kriegsschädigungen.

Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Wien, 18. Januar. (M. T. S.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses bewies die Deutschnationalen Partei die Zweckmäßigkeit der Veröffentlichungen der Verhandlungen in Brest-Litowsk und befragte die Abfertigung Ungarns gegenüber Oesterreich.

Der Reichs-Rat erkannte die herbeizugewandten Eigenschaften des Grafen Czernin an und wünschte, daß Graf Czernin die preussische Note nicht annehme.

Der Deutsch-Nationalen Partei protestierte gegen die Vorgänge, die geeignet seien, den Frieden zu verzögern und den Krieg zu verlängern. Er beantragte, die heutige Sitzung des Ausschusses aufzuheben und die für den 22. Januar einberufene Vollversammlung der Abgeordneten abzulösen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Wolf sagte weiter, die deutsche Bauernschaft habe keine Ursache, Mißtrauen gegen die Oesterreicher Verhandlungen zu hegen. Der Minister des Innern möge den Trumpf, den er durch die Waffenfolge der verbündeten Mächte besitze, nicht aus den Händen geben und der unentwegten Hilfe eingedenk bleiben, die Oesterreich vom Deutschen Reich in der Kriegsnöte gebracht worden sei.

Der Christlich-Soziale Rillas erklärte, der Hauptgrund der Schwierigkeiten der Brest-Verhandlungen liege in dem Versuche der Bolschewisten, ihre Ideen nach Oesterreich zu tragen.

Sanktrotterklärung Rußlands.

Petersburg, 18. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Rat der Volksbeauftragten hat am 14. Januar den Entwurf eines Erlasses über die Sanktrotterklärung aller äußeren und inneren russischen Staatsanleihen vom 14. Dezember angenommen; der Dezemberkupon der genannten Anleihen wird nicht bezahlt werden. Ebenso werden die Staatsgarantien für Unternehmungen und Einrichtungen aller Art, die von der alten Regierung gewährt worden sind, für nichtig erklärt.

Verbindlichkeiten mit kurzer Umlaufzeit und Schatzscheine bleiben in Kraft, jedoch wird die Zinsverpflichtung für diese Werte aufgehoben und die Papiere können wie Banknoten umlaufen.

Inhaber innerer Anleihen in kleineren Beträgen, d. h. von weniger als 10 000 Rubel, werden eine lebenslängliche Rente in der Höhe der bisher bezogenen Zinsen erhalten.

Die Sparkassen werden von dem Erlaß nicht berührt. Der Erlaß wird dem Geschäftsführenden Ausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

(Wir verweisen auf die Ausführungen unter „Industrie und Handel“.)

Der Hintermann der Einmischung Rumäniens.

Bukarest, 18. Januar. „Jwostija“ meldet bei Besprechung der veröffentlichten Geheimdokumente: Während die russische Diplomatie sich zu der Frage über die Einmischung Rumäniens ziemlich gleichgültig verhielt, und der Angriff Rumäniens auf Oesterreich nicht bloß für unnötig, sondern sogar für zwecklos hielt, war Frankreich unter allen Umständen dafür. Der französische Botschafter in Petersburg sprach hierbei von der „unwillkürlichen Ermüdung, die im französischen Volke anfangs sich bemerkbar zu machen“. Der Botschafter erklärte dies aus den gewaltigen Verlusten der letzten Zeit; die Verteidigung Verbunds bis zum Juni 1916 habe Frankreich 310 000 Mann gekostet. Für die französische Armee sei diese Aktion angebracht der verhältnismäßig geringen Bevölkerungsziffer in Frankreich um so fähbarer.

Ein großer Tag für Rußland.

Von A. Grigorjan.

Petersburg, 18. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Um 4 Uhr nachmittags ist im Zarenpalast die Verfassungsgebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptauschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptauschusses verlas.

Die Verfassungsgebende Versammlung hat 21 Stimmern mit 24 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Christowitsch fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

Am 18. Januar ist die Sitzung der russischen Konstituante endlich eröffnet worden. Es handelte sich um die Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Reichstages. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden des Hauptauschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden des Hauptauschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden des Hauptauschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet.

Die Konstituante ist der Traum von Generationen russischer Revolutionäre, aber in den kühnsten Träumen ersahen sie kaum in solch unbefränktem und absolutem Vollbesitz der Macht, wie sie jetzt erscheinen könnte, wenn nicht die Politik der gegenwärtigen Reichshaber erschiene. Aber noch vor nicht so langer Zeit, als die Bolschewiki sich zu ihrem Aufstand vorbereiteten und um die Gunst der Soldaten warben, verbreiteten sie an allen Ecken die Anklage gegen die anderen Parteien und die damalige Regierung, man wolle den Zusammenbruch der Konstituante verhindern, das sei der geheime Plan der Gegenrevolutionäre. Unter der Parole: „Für die Konstituante und den Frieden!“ haben dann die Bolschewiki am 6. und 7. November ihren Aufstand gemacht, 18 Tage vor dem seit Monaten anberaumten Termin der Konstituante-Wahlen.

Die russische Konstituante, obwohl noch nicht bestehend, hat bereits eine vielsagende Leidensgeschichte hinter sich. Als in den unvergeßlichen Märztagen von 1917 das Gebände des Zarenpalastes zusammenstürzte und die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der Garnison die Zustimmung zur Einberufung einer souveränen konstituierenden Versammlung, die eine vollkommen neue Organisation dem Staate zu geben und über die Regierungsform zu beschließen hätte.

Es war leichter, die Einberufung zu proklamieren, als nur andeutungsweise zu sagen, wie sie erfolgen sollte. Die Revolution übernahm einen Staat, der gründlich desorganisiert war. Eine Selbstverwaltung gab es nur in Anfängen, das weite, weite Land mit wenig dichter Bevölkerung, die tief aufgerüttelt, aber noch sehr rückständig ist, war in keiner Weise zu den wichtigen Staatshandlungen vorbereitet. Die erste und letzte Volkszählung war im Januar 1897. Gerade seitdem sind gewaltige Veränderungen in der Bevölkerung eingetreten, die nicht genau ermittelt sind. Beverbezählungen gab es überhaupt nie. Und dann die Kriegswirkungen — die vielen Millionen Soldaten an der Front, die Millionen von Flüchtlingen allenthalben. Der Krieg nahm alle Kräfte, alle Tätigkeit für sich in Anspruch. Unter solchen Verhältnissen mußten erst die Grundlagen für die Konstituante geschaffen werden.

In mehreren Kommissionen, unter der Beteiligung der Vertreter aller sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und des Arbeiterrates, mußten erst Beschlüsse über die Gouvernements-, Kreis-, Amtsbezirks- und städtische Selbstverwaltung ausgearbeitet werden. Dies geschah in der Art, daß das demokratischste Wahlrecht zur Geltung gebracht wurde. Dessen Hauptmerkmale bestanden in folgendem: Wahlberechtigung vom 20. Altersjahre an, ohne Unterschied des Geschlechts, ohne irgendwelche anderen Beschränkungen, Proporzsystem nach Listenwahlen und selbstverständlich die viergliedrige Wahlformel: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Dabei unbeschränkte Rede-, Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Während diese Beschlüsse durchgeführt wurden, was erklärlicherweise Monate beanspruchte, da erst Wählerlisten aufgestellt und kontrolliert werden mußten, tagte in Petersburg eine große Kommission zur Ausarbeitung des Wahlgesetzes

für die Konstituante. Die besten Autoritäten der Rechtslehre nahmen an ihr teil neben zahlreichen Vertretern der Demokratie. Nach allgemeiner Anerkennung ist das von dieser Kommission ausgearbeitete Gesetz nicht nur das sorgfältigste, sondern auch das vollendetste der Welt. Von keiner Seite wird es beanstandet. Alle nur denkbaren Garantien der Freiheit und der Demokratie wurden in dem Gesetz vorgezogen. Um diese Garantien voll wirksam zu lassen, mußten bestimmte Fristen innegehalten werden, und so verzögerten sich die Wahlen noch mehr.

Mittlerweile dauerte der Krieg weiter, und die revolutionären Parteien konnten keinen Ausweg aus seinen Irregungen finden. Der Wirrwarr im Lande steigerte sich, die Leiden des Volkes wurden immer unerträglicher. Es entstand das Gefühl, die Bourgeoisie arbeite gegen die Konstituante. Es kam der Juli-Kaufmann, als Wetterleuchten der Volkswirtschaft. Die Regierung Kerenskis entschloß sich auf Drängen des Arbeiterrates, alle Vorbereitungen für die Wahlen in beschleunigtem Tempo durchzuführen, und setzte die Wahlen und die Einberufung der Konstituante für September-Oktober fest. Als später der Wahltermin auf den 25. November und der Zusammentritt der Versammlung auf den 11. Dezember verschoben wurde, hieß es wieder, die provisorische Regierung und die Kadetten seien daran schuld. Ohne deren Absichten und Handlungen beschönigen oder verteidigen zu wollen, muß gerechtfertigt darauf hingewiesen werden, daß die Verschiebung auf ausdrücklichen Beschluß und Verlangen des Zentralausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt war.

Nachdem die Volkswirtschaft am 7. November ans Ruder gekommen waren, erschien in den Blättern Ende desselben Monats eine von der provisorischen Regierung unterzeichnete Deklaration, in der beschlossen wurde, die konstituierende Versammlung am 11. Dezember zu eröffnen.

Unter allen möglichen Vorwänden suchte aber die Bolschewiki-Regierung die Konstituante nicht zugehen zu lassen. Sie setzte keinen Termin für den Beginn ihrer Tagung fest, sondern sie knüpfte daran die Bedingung der Anwesenheit von 40 Abgeordneten, was natürlich durch eigene Parteigenossen nicht verhindert werden kann. Es wurde von den Abgeordneten die formelle Anerkennung des Rates der Volkskommission und Annahme bei ihm verlangt, und was sonst für Mittel erdacht worden sind.

Diese Opfer denkt der Rat der Volkskommission der Sache darbringen zu müssen, der er vor allem dienen will: dem Friedenswerk! Ob diese in ihrer Tragweite für das Land, die Demokratie, die Ehre und den Ruf des Sozialismus unabsehbar, in ihrer Wirkung entschließlichen Opfer notwendig waren, darüber kann jedermann aus Grund der seitherigen Ergebnisse sich ein Urteil selbst bilden. Die Konstituante könnte gar nicht anders, als sich für den Frieden aussprechen. Ist es aber denkbar, daß dann ein Clemens, ein Lloyd George, ein Garçon oder sonstwer besessen gewesen wäre, einem Volksparlament wie der in der Konstituante die Worte: Wende von Räubern — entgegenzusetzen? Wenn es früher hieß, nur der Friede könne Rußland retten, so haben sich die Bedingungen seitdem verschoben: nicht einmal der Friede, nur die Konstituante, nur die Uebernahme der Gewalt durch das Volk selbst kann Hoffnung auf Ueberwindung des Chaos einflößen.

Die Abstimmung bei der Wahl des Präsidenten der Konstituante ist außerordentlich charakteristisch. Es kandidierten scheinbar nur zwei Abgeordnete, und zwar beide Angehörige einer und derselben Partei, der „Partei der Sozialisten-Revolutionäre“. Viktor Tschernow, einer der Begründer dieser Partei, war im Koalitionsministerium Kerenskis Landwirtschaftsminister. Keiner der sozialistischen Minister zog schärferen Haß und Feindschaft der Bourgeoisie und der Kadetten auf sich, als er. Anlaß dazu war seine auf die völlige Enteignung gerichtete konsequente Agrarpolitik. Tschernow ist Führer des Zentrums und des rechten Flügels der Partei, und er wurde allem Anschein nach von dem gesamten anti-bolschewistischen Teil der Konstituante bei der Wahl unterstügt.

Die Bolschewiki und ihr Anhängel verfielen mithin bislang nur etwas über ein Drittel der Stimmen. Daraus kann auf die Möglichkeit von scharfen Konflikten geschlossen werden.

Petersburg, 18. Januar. Neuter-Meldung. Die Gesetzgebende Versammlung wurde um 4 Uhr nachmittags durch den Präsidenten des Zentralkomitees aller Sowjets eröffnet. Vier Stunden vorher griff eine maximalistische Truppe eine Prozession des Bundes zur Verteidigung der Gesetzgebenden Versammlung an und richtete die Fahne herunter. Dem ersten Beschuß zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, unter ihnen das Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauerndeputierten Bogdanow. Viele Personen, darunter verschiedene Frauen, wurden verwundet.

Die Verhaftung des Königs von Rumänien.

Nach einer Verächtigung der Schweizerischen Delegation-Agentur soll die Londoner Meldung über die Verhaftung des rumänischen Königs wie folgt lauten: Die Volkskommission haben am Sonnabendabend laut den Abendblättern die Verhaftung des Königs von Rumänien verfügt, der nach Petersburg gebracht werden soll.

Brest-Litowsk.

Besprechung über politische und territoriale Fragen.

Brest-Litowsk, 18. Januar. Die wegen eines leichten Unwohlseins des Ministers Graf Czernin auf zwei Tage unterbrochenen Besprechungen der Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen wurden heute vormittags und nachmittags fortgesetzt.

In der bei der letzten Sitzung angeschnittenen Frage, betreffend die Rückkehr der aus den besetzten Gebieten während des Krieges ausgewanderten, wiederholte Staatssekretär von Rühlmann, daß die Mittelmächte im Prinzip mit dem Gedanken der

Wiedwanderung einverstanden seien, und daß die praktische Durchführung dieser Repatriierung am besten der Kommission zu übertragen wäre, die sich mit dem Austausch der Zivilgefangenen beschäftigt. Auf eine Anfrage Herrn von Rühlmanns, ob es der russischen Regierung möglich sein werde, den in Betracht kom-

Lebhafte Artilleriekämpfe im Westen.

Militär. Großes Hauptquartier, 19. Januar 1918. (M. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Lebhafte Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstlich von Spa, auf dem Südring der Scarpe und in der Gegend von Mesures. Auch an diesen Stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten der Maas, war die Feuerartillerie gesteigert. Nördlich von Bezonvaux hatten Stoßtruppen Gefangene aus den französischen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Coyus-Bogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich von Baralova tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubaukoff.

Abendbericht.

Militär. Berlin, 19. Januar, abends. Lebhaftere Artilleriekämpfe im Oberen Bogen. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 19. Januar 1918. Militär. Wien vom kaiserlichen Hauptquartier.

Keine Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

menden Emigranten nachwünsche darüber zu beschaffen, daß sie vor der Abwanderung in den kaiserlichen Gebieten gelübt haben, erwiderte Herr Trojki, daß diese Flüchtlinge und Emigranten derzeit in Rußland in Bombenanschlägen zusammengelassen seien, deren Zentralkomitee zweifelslos die Möglichkeit besitzt, dieser Nachhilfe zu leisten.

Da dieser Punkt bereits besprochen worden war, ging die Kommission auf die Besprechung der Frage über, in welcher Weise die

Abstimmung über die staatliche Zukunft

bestehenden besetzten Gebiete erfolgen sollte, denen Rußland das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Deutscherseits wurde darauf hingewiesen, daß das von der russischen Delegation hierfür beantragte Referendum dem Entwicklungsstande der Bevölkerung dieser Gebiete nicht entspreche und daß es richtiger wäre, die in den kaiserlichen Territorien bestehenden Vertretungskörper durch Wahlen auf breiter Grundlage veranlassen zu ergänzen und zu erweitern, daß sie tatsächlich als Vertretung der gesamten Bevölkerung angesehen werden könnten.

Dagegen bemerkte Herr Trojki, daß die russische Delegation an ihrem Antrag festhalte, daß

zur ein Referendum

über die staatliche Zukunft dieses Landes entscheiden solle. In einer Erwiderung darauf wies der Staatssekretär erneut auf das Schreiben der Mittelmächte hin, den breiten Schichten der Bevölkerung dieser Gebiete einen immer zunehmenden Einfluß auf die Politik einzuräumen. Das, was unbedingt gewahrt werden müsse, sei die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der Übergangszeit. Das, was verhindert werden müsse, sei die Ausbreitung der Revolution auf diese schon vom Kriege genug heimgekehrten Gegenden. Die weitere Erörterung dieser Frage wurde darauf vertagt und zur Besprechung des Umfangs der unter Artikel II des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfs fallenden Gebiete übergegangen.

Auf Einladung des Vorsitzenden legte hierauf General Hoffmann eine Karte vor, welche die betreffenden Zeichnungen für das Gebiet zwischen der Dniester und Dniestr-Dniestr enthielt.

Auf die Bemerkung, daß

die südlich von Dniestr-Dniestr liegenden Territorien

in dieser Karte nicht berücksichtigt seien, da hierüber Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation schwebten, sah sich Herr Trojki zu folgender Gegenerklärung veranlaßt:

„Wie ich schon zweimal bemerkte, und zwar bei Gelegenheit der Anerkennung der ukrainischen Delegation, ist der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukrainer noch nicht soweit gediehen, daß die Frage der Abgrenzung zwischen uns und der neuen Republik bereits als durchgeführte angesehen werden könnte. Ich habe schon damals bemerkt, daß dies keine Schwierigkeiten in den Verhandlungen ergeben wird, da nach unseren Grundsätzen die Grenzen bestimmt werden durch den Willen der breiten Massen der Bevölkerung, die daran interessiert sind. In jedem Einzelfalle würde es einer Einigung zwischen uns und der ukrainischen Delegation bedürfen. Dies bezieht sich natürlich auch im vollen Umfange auf die Gebiete südlich von Dniestr-Dniestr.“

Im Zusammenhang hiermit brachte der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation das Thema der durch die österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebiete zur Sprache und ersuchte den Vorsitzenden der russischen Delegation um eine Aufklärung darüber, ob die hierauf bezüglichen Verhandlungen mit der Petersburger Regierung oder, wie dies die ukrainische Delegation wünsche, nur mit dieser allein zu führen seien.

Auch hierauf erwiderte Herr Trojki, daß der ukrainischen Delegation eine einseitige und selbständige Behandlung dieser Frage nicht zuzugestanden werden könne, worauf Graf Czernin sich die weitere Besprechung dieser Frage bis nach der binnen kurzer Zeit zu erwartenden Klärung der Kompetenzfrage zwischen der russischen und ukrainischen Delegation vorbehielt.

Im Laufe der Besprechung vom Vormittag ersuchte Staatssekretär von Rühlmann um eine Aufklärung über das

Verhältnis des Kaukasus zur Petersburger Regierung.

Hierauf gab Herr Trojki nachstehende Auskunft: „Die Kaukasus-Armee steht in vollem Umfange unter dem Befehl von Vorgesetzten, die dem Räte der Volkskommission untergeordnet sind. Das wurde vor etwa zwei Wochen bestätigt auf dem allgemeinen Kongreß der Delegierten der kaukasischen Front.“

Eine weitere Frage des Staatssekretärs hatte die

Åalandsinseln

zum Gegenstande. Herr v. Rühlmann führte dabei aus, die Åalandsfrage sei für Deutschland als einen der Winternotwendigkeiten des alten Vertrages bedeutsam. Zunächst sei die Vorklage zu lösen, ob das Åalandsproblem nach wie vor von der Petersburger Regierung behandelt werde, oder ob die jetzt von mehreren Mächten an-

erkannte finnische Republik international als zur Vertretung der Åalandsinseln berechtigten Fragen berechtigt zu betrachten sei.

Nachdem Herr Trojki erklärt hatte, daß die Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands bisher keinerlei Veränderung in der Frage der Åalandsinseln herbeigeführt habe, wies Staatssekretär von Rühlmann darauf hin, daß aus dem Åalandsvertrage, dessen Unterchriften aus einer rein historischen Konstellation, nämlich der des Krimkrieges, zu erklären seien, für Deutschland individuelle Rechte erwachsen, deren Anerkennung im Friedensvertrage eine deutsche Forderung darstellen würde. Rußland würde durch eine solche Anerkennung nichts aufgeben, was es vor dem Krieg befehlen hätte, wenn man nicht etwa behaupten wollte, daß die vertragswidrige Befestigung der Inseln während des Krieges und der durch die heutige Regierung aufgedeckte Versuch des zaristischen Regimes, die vertragswidrige Befestigung zu einem dauernden Recht zu erheben, irgendein neues Recht in dieser Frage geschaffen hätte. Im übrigen sei es im Interesse der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den der Ostsee anwohnenden Völkern ein deutscher Wunsch, daß bei Erneuerung der betreffenden Vertragsbestimmungen die Einwohner der Ostsee, insbesondere das durch seine geographische Lage an der Ostsee in hervorragendem Maße interessierte Schweden, zur Mitberatung und Mitunterzeichnung herangezogen werden. Schweden sei zwar bei den gegenwärtigen Beratungen nicht vertreten, er habe aber Grund zu der Annahme, daß die Wünsche des schwedischen Volkes sich in dieser Richtung bewegen.

Herr Trojki behielt sich eine Antwort auf diese Anregungen für später vor.

Am Schlusse der Nachmittags-Sitzung erklärte Herr Trojki, daß er aus innerpolitischen Gründen gezwungen sei, sich für die Dauer von etwa einer Woche nach Petersburg zu begeben. Da übrigens die Kommissionsverhandlungen zur vollen Durchberatung des Verhandlungsgegenstandes in seinen Details geführt hätten, schloß er vor, die

Beratungen der politischen Kommission bis zum 29. d. Mts. zu vertagen.

Mit seiner Abreise gehe die Führung der russischen Delegation auf Herrn Joffe über.

Seitens der Mittelmächte nahm man diese Erklärung zur Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach Rückkehr Herrn Trojkis eine volle Einigung zu erzielen sein werde.

Die wirtschaftliche Kommission, die heute unverbündliche vertrauliche Beratungen abhielt, hat ihre erste offizielle Sitzung auf morgen vormittag 11 Uhr anberaumt.

Letzte Nachrichten.

Eine neue Rede Lloyd Georges.

London, 19. Januar. (Neuter.) In der gestrigen Beratung der Delegierten der Trade-Union, die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der Truppenbestände zu prüfen, hielt Lloyd George eine Rede an die Kongreßteilnehmer. Der Premierminister führte mit Bezug auf die Kriegsziele folgendes aus:

Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: Um die nötigen Mannschaften zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel, als die Grenze des militärpflichtigen Alters auf 15 Jahre zu erhöhen, wie dies bereits in Oesterreich geschehen ist, aber die Bewunderten immer wieder in die Feuerlinie zu schicken. Wenn wir nicht imstande sind, die deutsche Armee zu besiegen, wird es nicht möglich sein, die durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzusetzen, die kürzlich von den Trade-Unionen verhandelt wurden. Niemals werden die deutschen Nachhahler geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgendein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellte, wenn wir sie nicht dazu zwingen können.

Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden, und erläuterte ferner, in welcher Weise diese beiden Kundgebungen in Deutschland aufgenommen wurden. Dann fuhr er fort:

Wenn die Entente aber nicht imstande ist, den heutigen Nachhahern in Deutschland die Spitze zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer grausamen Militärdiktatur ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.

Zum Schluß erklärte der Premierminister: Wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich ihn im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative, entweder sehen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.

In der Beratung der Trade-Union wurden nach Beendigung der Rede Lloyd Georges Fragen gestellt und von ihm beantwortet. In Antwortung einer Frage sagte Lloyd George: Die Deutschen waren immer bereit, zu dem von ihnen festgesetzten Preis Frieden zu schließen, aber das ist nicht der Preis, den wir ihnen zu zahlen bereit sind. In dem Augenblick, wo die Deutschen Reue um die Friedensverhandlungen unter billigen Bedingungen zeigen — die Bedingungen wurden mitgeteilt, es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat — wird niemand widerstreben, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Ein Delegierter fragte, ob nicht der beste Weg, die Meinung des deutschen Volkes zu erfahren, wäre zu gestatten, daß Vertreter Deutschlands mit Vertretern anderer Mächte in Stockholm oder anderswo zusammenkommen. Lloyd George antwortete, die Vertreter des deutschen Volkes würden natürlich von der deutschen Regierung bestimmt werden. Man kann nur mit einer Regierung Frieden schließen.

In Antwortung einer Frage betr. eine internationale Arbeiterversammlung, sagte Lloyd George: Nach langer, sorgfältiger und reiflicher Überlegung sind die verschiedenen Länder einmütig zu dem Schluß gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt werden müßten, zwischen den Vertretern der Regierung jedes Landes geführt werden müßten. In Hinsicht auf die Frage, welche Bedingungen die notwendige Vorbedingung zu einer Friedenskonferenz seien, antwortete Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht wünschenswert wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann. Ich bin fest überzeugt, nach der Haltung, die die Führer der deutschen Regierung einnehmen, daß es zu keinem Ergebnis führen würde, das irgendwie einer gerechten Verständigung ähnlich wäre, wenn man mit Friedensverhandlungen begänne. Man würde in diesem Falle die Lage verschlimmern, statt sie zu verbessern.

Der Hauptauschuß gegen den Belagerungszustand.

Etatberatung im Abgeordnetenhaus.

Am Sonnabend schloß der Hauptauschuß des Reichstags die Aussprache über den Belagerungszustand ab.

Abg. Trübner (Z.) erkannte an, daß die Zensur eine schwierige Aufgabe zu erfüllen habe. Aber nach jahrelangen Erfahrungen muß auch seine Partei zu dem Gesamturteil kommen, daß es sich nicht um vereinzelte Mißgriffe handelt, sondern daß sowohl auf dem Gebiete der Zensur als auch auf dem des Vereins- und Versammlungswesens

überwiegend und ungerecht gegen die Anhänger der Reichstagsmehrheit

vorgegangen wird. Gegen sie lassen die Militärbehörden sogar die schändlichsten Verhärtenungen zu. Wenn sich dann die Angegriffenen verteidigen wollen, verhindern die Militärbehörden das unter dem Vorwande, der Ungfriede müsse gewahrt werden. (Zuruf eines Vertreters des Kriegsministeriums: Was sollen wir dagegen tun?) Abg. Ebert: In anderen Fällen wissen Sie das nur zu gut. Der Kriegsminister hat sich gestern auf ein Gutachten berufen, nach dem die Vaterlandspartei keine Partei sein sollte. Was muß das für ein Gutachter sein, der ein so unmögliches Gutachten abgegeben hat. Der Belagerungszustand soll dazu dienen, die Disziplin im Heere aufrecht zu erhalten, die Gefährdung der militärischen Maßnahmen zu verhindern und die öffentliche Sicherheit zu wahren. Darüber hinaus aber darf die politische Freiheit der Soldaten und Bürger nicht eingeschränkt werden. Und was sollen wir jetzt? Daß militärische Behörden den Belagerungszustand ausnützen, um die Politik der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung zu bekämpfen. Der letzte Erlass des Kriegsministers scheint zweckmäßig: Richtlinien zu geben. Deshalb ist der Erlass nicht veröffentlicht worden? Und warum hat er so wenig genügt? Weil die Autorität des Kriegsministers nicht genügt gegen die Uebergriffe der Generalkommandos. Das läßt den Kriegsminister in einem wenig erfreulichen, wenig günstigen Lichte erscheinen. So kann es nicht weitergehen. Unsere Geduld ist jetzt nahezu am Ende. Wenn es nicht besser wird, müssen wir erwägen, ob nicht das Gesetz über den Belagerungszustand geändert werden müsse.

Kriegsminister v. Stein: Jene Schwächen sind in solchen Mängeln vorgekommen, die nicht der Zensur unterliegen. In diesen Fällen konnte von der Zensur erst nachträglich eingeschritten werden; und das ist auch geschehen. Kein Generalkommando hat bisher sich einem Widerstand gegen eine Entscheidung des Kriegsministeriums erlaubt. Einen solchen Widerstand würde er auch niemals dulden.

Abg. Heine (Soz.): Die Antwort, die gestern Oberst v. Bräutigam in Bezug auf das Versammlungsrecht gegeben worden ist, ist ganz ungenügend. So sind im 6. Armeekorps (Schlesien) alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten und die geschlossenen Mitgliederversammlungen müssen erst besonders genehmigt werden, wenn in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Das läßt sich in der gegenwärtigen, politisch erregten Zeit gar nicht durchführen. Daher ist es ganz unvermeidlich, daß die politische meißens wenig erfahrenen militärischen Behörden bei der Zulassung politischer Erörterungen partiell verfahren. Als er vor 6 Wochen von dem neuen Erlass über die Zensur gehört habe, habe er den Kriegsminister um den Wortlaut des Erlasses erfragt. Das ist abgelehnt worden, weil der Erlass nur für den inneren Dienstgebrauch bestimmt sei. Die Antwort entspricht in ihrem Inhalt und Ton weder der Bedeutung der Sache noch der Achtung, die der Reichstag und seine Mitglieder beanspruchen müssen. Jetzt stellt es sich heraus, daß die Verfügungen des Erlasses ungenügend sind. Deshalb sind nicht die früheren Verbote aufgehoben worden? Die „Zukunft“ ist jetzt freigegeben, obgleich es früher hieß: Darin sei unbedenklich und werde stets das Vaterland gefördert. Jetzt ist das Vaterland nicht in Gefahr, obgleich Gorden seine Auffäge wieder veröffentlichen kann. Die Reichszeitung „Das Forum“ ist noch verboten, weil sie für die Grundzüge eingetretten ist, die jetzt von der Reichstagsmehrheit und der Reichsleitung als maßgebend anerkannt werden. — Wie einseitig zugunsten der Vaterlandspartei gehandelt wurde, zeigt auch der Vorgang in Heidelberg. Dort haben Studenten den bekannten Protest gegen die Vaterlandspartei herausgegeben. Derselbe Reichstagsmehrheit, die den Protest unterschrieben haben, sind ausgemerzt worden. Dieses Verhalten der Militärbehörden ist begreiflich, da der Kriegsminister ganz in den Anschauungen der Vaterlandspartei lebt. Hier ist jetzt nicht mehr mit Resolutionen auszukommen, sondern das Gesetz muß geändert werden. Er schloß daher vor:

Artikel I. An Stelle des § 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 tritt folgende Bestimmung:

Die Verhängung des Kriegszustandes ist zulässig für Gebiete, die teilweise vom Feinde besetzt sind oder in die ein feindlicher Einmarsch unmittelbar zu befürchten ist.

Für Gebiete, auf die dies nicht zutrifft, ist der Kriegszustand aufgehoben.

Artikel II. Wo auf Grund des § 1 oder § 2 Abs. 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 der Kriegszustand erklärt ist, ist für die auf Grund desselben zu treffenden Maßnahmen, soweit sie sich gegen die Rechte von Zivilpersonen auf persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, des Eigentums, der Freiheit in Wort und Schrift, auf die äußere und die geistliche Weise zu versammeln, richten, die obere Verwaltungsbehörde zuständig.

Artikel III. Gegen die von der oberen Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen kann jede davon betroffene Person Beschwerde erheben.

Artikel IV. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerden ist der Reichsausschuß für die Prüfung der Maßnahmen des Kriegszustandes.

Artikel V. Der Reichsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Mitgliedern. Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Mitglieder werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt. Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Diese Änderungen gehen ihm, dem Redner, zwar nicht weit genug, aber für sie sei auf eine große Mehrheit zu rechnen.

Abg. Jung (Nat.) beantragte, daß der letzte Erlass des Kriegsministeriums gedruckt und dem Auschuß zugesandt werde.

Der Kriegsminister sagte das zu. Er wunderte sich, daß seine Verfügungen, die in der „Kreuzzeitung“ abgedruckt sind, vom Abg. Heine so abfällig beurteilt werden konnten. Ist es denn nicht begreiflich, daß auch die Militärbehörden aus Evidenz solche Beschlüsse herauszuleiten, die die Verfassung der Bürger nicht als berechtigt anerkennen? Ob er gerne oder ungerne Kriegsminister sei, sei seine Sache. Unter allen Umständen aber habe er seine Pflicht zu tun, und werde sie tun. Bei uns ist die Zensur viel milder als in allen anderen Staaten. Der Minister verleihe einen Erlass auf diesem Monat, nach dem politische Schriften veröffentlicht werden können, wenn sie streng wissenschaftlich sind und nicht zur Propaganda benutzt werden.

Abg. Quast (L. S.): Die Verhältnisse sind unter dem Belagerungszustand immer schlimmer geworden. Die Militärbehörden gehen mit einer Schärfe, Raubgierigkeit, Ungerechtigkeit

vor, wie es niemals für möglich gehalten worden ist. Der neue Erlass wäre ein Fortschritt, wenn er gewissenhaft durchgeführt würde. Aber viele Behörden richten sich gar nicht danach; sie pflegen auf derartige Erlasse. Vor fünf Monaten habe er dem Reichskanzler in einer Eingabe eine Reihe Beschwerden vorgelesen. Die Antwort ist noch immer nicht eingetroffen. Inzwischen

gehen die Verfolgungen und Unterdrückungen weiter, sind zahlreicher und gefährlicher geworden. An der Front wird ein unzulässiger Druck zum Beitritt zur Vaterlandspartei ausgeübt. In weiten Bezirken werden alle Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokratie verboten. Er selbst könne nicht einmal in seinem Wahlkreis seinen Wählern Bericht erstatten über die Tätigkeit des Reichstags. In Berlin werden sogar die zahlreichsten politischen Überwachungs- und zum Teil unterdrückt. Den Metallarbeitern in Berlin ist noch immer die tagungsgemäße Vorstandswahl verboten. Ein Aufruf des Parteivorstandes, daß die Parteigenossen Friedensversammlungen als Kundgebung für den Frieden ohne Anzeigen und Kriegsentfälschungen veranstalten sollten, durfte nicht nachgedruckt werden und die Versammlungen wurden verboten. Kautschuk darf keine Zeitschrift herausgeben. Die Petersburger Telegraphen-Agentur hat am 15. dieses Monats gemeldet:

Volks-Weibungen über Friedensverhandlungen entstehen deren wahren Sinn. Rühlmann erklärte: Deutsche Regierung bedachte sich Streichung jeder Mitteilung vor, die die Volksmassen in Deutschland aufregen könnte.

Am letzten Mittwoch haben der Parteivorstand und die Fraktion der österreichischen Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf erlassen für den sofortigen Frieden ohne Anzeigen und Kriegsentfälschungen. Der Aufruf konnte in Oesterreich gedruckt werden, bei uns ist der Abdruck verboten. Auch der Antrag Heine ist ungenügend. Der Belagerungszustand muß ohne weiteres aufgehoben werden.

Abg. Seyda (Polek) schloß sich den Ausführungen der Abg. Heine und Quast an. Der Antrag Heine ist eine Grundlage zu einem tatkräftigen Eingreifen des Reichstages.

Abg. Erzberger (Z.) schlägt vor, daß ein Unterausschuß von 10 Mitgliedern den Antrag Heine zu einem gemeinsamen Antrag des Ausschusses umarbeite. Das ist unbedingt notwendig. Auch muß festgestellt werden, ob der Belagerungszustand, wie Abg. Heine betont hatte,

nur im Widerspruch mit dem Gesetz

auf das ganze Reich ausgedehnt werden konnte. Wenn das richtig ist, muß der Reichstag darauf die nötige Folge geben. Die Zensur wird planmäßig mißbraucht, um die Agitation der Vaterlandspartei zu verhindern, eine Gegenagitation aber zu verhindern. Da es jetzt feststeht, daß die Vaterlandspartei eine Parteiorganisation ist, müssen auch die beiden Vorsitzenden, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Herr v. Tilly aus der Vaterlandspartei austreten, da sie zu den Militärpersonen gehören. Wie sieht es damit, daß den Soldaten der Verkehr mit Reichstagsabgeordneten verboten worden ist?

General v. Wriehberg: Was jetzt ist noch kein solches Verbot festgestellt worden.

Freiherr v. Camp beschwerte sich darüber, daß sich der Kriegsminister noch lange nicht genügend wohlwollend gegenüber der Vaterlandspartei verhielt. Die unabhängigen Sozialdemokraten muß beim Militär noch viel stärker entgegengetreten werden. Ebenso dürfen Versammlungen der Kriegsentfälschten nicht zugelassen werden.

Dann wurde der

Unterausschuß für den Antrag Heine

beschlossen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden darin die Abg. Ebert und Heine ernannt. Ferner wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die Papierlieferungen an die verschiedenen Zeitungen prüfen soll. Ihm gehört von der soz. Fraktion Abg. Fischer (Berlin) an.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Führer der Mehrheitsparteien, sich bei den diesmaligen Etatsberatungen auf die Erörterung finanztechnischer Fragen zu beschränken, gestaltete sich die Generaldebatte, die am Sonnabend begann, doch zu einer hochpolitischen Debatte. Die Redner derselben Fraktionen, die im Verfassungsausschuß Obstruktion treiben, um dem Volke das gleiche Wahlrecht vorzuenthalten, maden im Plenum Propaganda für ihre annerzionistischen Kriegsverlängernden Pläne. Wie schon so oft, so wird auch jetzt wieder die Tribüne des preussischen Dreiklassenparlamentes mißbraucht, um die Politik des deutschen Reichstags herunter zu machen.

Von größerem Interesse war bei allem nur die parlamentarische Zungenrede Mebrings. Mehring ließ seine Belesenheit in der preussischen Geschichte blitzen und zog historische Parallelen von oft treffender Schärfe zwischen Vorgängen der Jahre 1813/15 und 1914/18. Seine Kritik an dem Verhalten unserer Unterhändler in Breslau-Litowsk erregte den Jörn der Reden und veranlaßte den Finanzminister zu einer Erwiderung, die sich aber nur in allgemeinen Redarten bewegt.

Nach einer scharfen Verurteilung des Verhaltens der Mehrheit der Wahlrechtskommission durch den Abg. Cassel (Fortf. Sp.) wurde die Debatte auf Montag vertagt.

111. Sitzung, Sonnabend, 10. Januar, 11 Uhr vormittags.
Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Drems, Dergt, Sydow, Spahn, Eisenhardt-Kolbe, v. Weitzenbach.

Die erste Lesung des Etats.

Eisenbahnminister v. Weitzenbach begründet in auf der Tribüne meist unverständlichen Ausführungen die kommende

Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr.

Es sei beabsichtigt gewesen, diese Erhöhung erst nach Friedensschluß durchzuführen aber die Steigerung aller Ausgaben machte einen Aufschub unmöglich.

Abg. Winkler (L.) bedauert den Rücktritt des Ministers Dr. Lentze und seiner beiden Ministerkollegen. Er begrüßt den neuen Finanzminister. Der Redner wendet sich gegen Pläne einer Vermögenskonzession, die den Einzelstaaten und Gemeinden die Mittel zu ihrer Existenz entziehen würde.

Abg. Dr. Schmüdgen (Z.) beschränkt sich auf eine Betrachtung der Staatsfinanzen.

Abg. Dr. Röschling (natl.): Ein Verzicht auf Kriegsentfälschungen würde

zur Vermögenskonfiskation führen.

(Was bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Feinde militärisch so ständen wie wir, so würden sie auf Kriegsentfälschungen Nummer verhängen. Die zentralisierte Kriegswirtschaft muß abgebaut werden. Unsere wirtschaftliche Ueberlegenheit verdanken wir unserer bewährten Sozialpolitik und nicht zuletzt auch unserer vaterländisch gesinnten Arbeiterschaft, die sich niemals in das Schlepptau des Auslandes begeben darf. Der Segenswille muß in allen Volksschichten erhalten bleiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Mehring (Unabh. Soz.):

Wenn der Finanzminister vorgestern die Vereinigten Staaten mit der Versicherung verspartet hat: Die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen, noch fliegen, sie wird nicht kommen, so hätte er uns auch sagen sollen, woraus sich keine bestimmte Prophezeiung eigentlich ergibt. (Sehr wohl! b. d. Unabh. Soz.) Beratende Worte haben sich noch immer schwer gerächt. Von

den Sonderfriedensverhandlungen sagte der Minister, sie seien von weltgeschichtlicher Bedeutung, der Friede sei auf dem Marck und werde auf dem Marck bleiben. Niemand wäre mehr erntet als wir, wenn diese Prophezeiung sich erfüllte. Aber das sieht doch zweifelhaft aus. In Breslau-Litowsk haben bisher nur die russischen Revolutionäre ehrliche Offenheit und einen großen Sinn befunden. (Lachen rechts, Zustimmung b. d. Unabh. Soz.) Das Auftreten der Unterhändler des Viererbundes aber konnte nicht einmal auf den Reiz der Neuheit Anspruch machen, geschweige denn auf weltgeschichtliche Bedeutung. Wenn diese Unterhändler als Selbstbestimmungsrecht der Völker erst die Entscheidung irgendeiner unbesetzten Nationalversammlung und dann eine Volksabstimmung, eine Parlamentswahl unter dem Druck fremder Waffen erläutern, so ist das nur nach dem Muster Bonapartes geordnet, des Mannes von Sedan, dem in den 60er Jahren, des Mannes des mexikanischen Kaiserreiches tragikomischen Anblicks. In Deutschland hat man damals diese Methode bonapartistischer Völkerbefreiung sehr scharf gekennzeichnet; sie ist ihrem Urheber befanntlich außerordentlich übel bekommen. — Mit Besorgnis äußerte sich der Minister über die

Schädigung der Volksmoral

durch den langen Krieg, die aber nach ihm nicht viel besage gegenüber den glänzenden Siegestaten unseres Heeres und unserer Flotte in dem Weltkrieg. (Sehr richtig! rechts.) Ganze große Staatsinstitute wie die Post sind zu großen Diebstählen geworden, ganze Volksschichten wurden in den hohlen Abgrund geschleudert, und wie die unerfährliche Gier nach Gewinn alle Gebote der Sittlichkeit mit Füßen stampft, so auch die Paragraphen des Strafrechtsbuchs. Ueber die sittliche Empörung lachen die Schufste, die den hungernden Massen noch das letzte Mark durch ihren Wucher aus den Knochen pressen, um ihre Taschen zu füllen. Aber es ist doch tief zu beklagen, daß der Minister von einem so entscheidenden Unheil sagt, es fielen gegenüber den Ruhmestaten des Heeres und der Flotte nicht besonders ins Gewicht. Unausgemessen würde vielleicht den Finanzminister ebenso wie seinerzeit einen alten General als langentzerrte Säure des allpreussischen militärischen Geistes bezeichnet haben.

Den Belagerungszustand mit der Zensur und der Schuchhaft und allen seinen sonstigen heillosen Begleiterscheinungen hat der Finanzminister gänzlich vergessen. Auf geistigem Gebiet verurteilt die Zensur ebenso wie die zügellose Geldgier auf wirtschaftlichem Gebiet. Die

systematische Zurechtweisung des öffentlichen Geistes

durch die Zensur wird sich einmal an der geistigen Entwicklung der Nation auf das grausamste rächen. Nur dadurch wird die Zensur nicht ganz unerträglich, daß sie aus sich selbst heraus die natürliche Reaktion der unterdrückten Literatur schafft und so der historischen Wahrheit ein kleines Lichtschein in Deutschland eröffnet. Ich denke da an die Zeitschrift des Fürsten Bismarck, des früheren deutschen Vorkämpfers in London, der mit einflussreicher Macht nachweist, wo die schuldigen Urheber dieses Weltkrieges sitzen. (Unruhe rechts.) Von der vom Reichskanzler verprochenen Wulderung der Zensur ist bisher nicht viel zu hören. Als 1813 die Erhebung gegen die französische Fremdberrschaft den widerstrebenden König halb mit Gewalt mit sich riß, da bemühte sich der geniale Schachthorn nicht weniger um die Aufhebung der Zensur als um die Auslieferung der Landwehr. Der Krieg von 70 war zwar kein Volkskrieg, aber Bismarck hätte sich damals, die staatsbürgerlichen Rechte anzutreten. Er hat weder Versammlungen verboten noch Vereine aufgelöst noch Zeitungen unterdrückt. Der Belagerungszustand bestand nur für die Küstenlande, wo man eine Landung der französischen Flotte erwartete. Als Vogel von Falkenstein seine militärische Befugnis mißbrauchte, um Johann Jakob und den sozialdemokratischen Parteiauschuß in Braunschweig in „Schuchhaft“ nehmen zu lassen, da brauchte ein Sturm der Entrüstung durch ganz Deutschland und Bismarck besaß sich, die militärische Zülperei gutzumachen. Und der Zentrumsführer Windthorst sagte damals hier, man solle statt Ullrich-Vollbringen

Capacités und die Zensur für die preussischen Reaktionen

erwerben. (Hört! hört! bei den Unabh. Soz.) Ein Zentrumsantrag wollte u. a. in der Verfassung bestimmen, daß die Zensur niemals wieder eingeführt werden dürfe. Der Nationalallberale Dreißigste verhöhnte dieses Vorgehen und meinte, ebenigut wie die Wiedereinführung der Zensur könnte man auch die Wiedereinführung der Folter verbieten wollen. Heine haben wir helbes, wenn sich auch die Folter einweilen noch unter dem verächtlichen Namen der Schuchhaft zu verbergen sucht. (Sehr gut! bei den Unabh. Soz.)

So sieht es mit dem Lichtbild aus, das der Minister von der gegenwärtigen Lage des preussischen Staates entworfen hat. Unsere Wähler sind der ewigen Schönfärberei müde, der Geduldsfaden beginnt zu reißen, und wenn es nicht anders geht, so wollen sie klar zum Gesichte machen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz. Hört! hört! rechts. Zurufe und Widerspruch.) In Ihrem eigenen Interesse warne ich Sie, den Uebermut der herrschenden Klassen zu überspannen. (Beifall bei den Unabh. Soz. Unruhe rechts.)

Abg. Frhr. v. Seibitz (H.): Wir halten es für eine patriotische Pflicht, angesichts der Verhandlungen in Breslau-Litowsk in der Erörterung der Kriegsziele Zurückhaltung zu üben. Nur soviel sei gesagt, daß wir uns im vollen Einvernehmen mit Reichs- und Heeresleitung jetzt

völlig frei fühlen von allen Bindungen der Reichstagsentscheidungen vom 10. Juli und der Antwort auf die Papstnote.

Finanzminister Dergt

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Mehring. Der gesunde Menschenverstand muß jedem sagen, daß die Schuldung des Abg. Mehring von unseren Zuständen nicht richtig sein kann. Bismarck ist alles geschehen, um unserem Volke über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Abg. Mehring hat gefragt, woher ich wußte, daß die große Armee von jenseits des Ozeans nicht herüberkommen würde. Weiß er denn nichts von unserem U-Boot-Krieg, weiß er nicht, daß die Schiffe von Tag zu Tag mehr fehlen, und daß zum Transport einer großen Armee Hunderte von Schiffen notwendig sind? Abg. Mehring sprach auch von dem Einlen des moralischen Gefühls und brauchte die Worte: „Wir wollen Karren zum Gesicht.“ Sollten diese Worte im anderen Sinne gemeint sein, so müßte ich scharf dagegen protestieren. Sonst aber sage ich: Wir alle sollen klar zum Gesicht machen gegen diese fühlende Moral im Volke. (Bravol)

Abg. Cassel (Sp.):

Wir verlangen eine wirkliche Reform des Einkommensteuergesetzes unter progressiver Besteuerung der größeren Einkommen und unter Sicherung der gleichmäßigen Einkünfte in Stadt und Land. Der Beschluß der Wahlrechtskommission, die

Herrenhausvorlage zuerst zu behandeln,

ist aus sachlichen Gründen nicht zu erklären, denn die Mitglieder der Kommission, die für diesen Beschluß gestimmt haben, werden durch keinerlei Gehaltung der Herrenhausvorlage von ihrer Begierde gegen das gleiche Wahlrecht abgelenkt sein. Man muß daher die Absicht der Verschleppung annehmen. (Sehr wahr! links.)

Die Weiterberatung wird auf Montag, 11 Uhr, vertagt.
Schluß: 5 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Arbeitgeber, der für die Besserung der Lage der Arbeiter eintritt.

Es gehört zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, daß dem Arbeiter, der doch eigentlich den Mehrwert schafft, der gerechte Lohn freitig gemacht wird. Und er wird ihm freitig gemacht von eben jener Klasse, die ihr Dasein, ihr Leben, ihren Reichtum der Arbeit verdankt.

Heute müssen die kapitalistischen Herren dem Drängen der Arbeiterorganisationen nachgeben, wenn diese für die Arbeiter einen annähernden Ausgleich zwischen der fabelhaften Preissteigerung aller Bedarfsartikel und dem Lohn fordern. Der Knüttel liegt beim Hund. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften, wie es der Arbeitgeber nur zu oft in Friedenszeiten bemerkt, ist gegenwärtig nicht vorhanden.

Daß das Bestreben der Arbeitgeberkreise aber heute bereits darauf gerichtet ist, nach Friedensschluß die Löhne zu senken — auch wenn die Teuerungsverhältnisse noch längere Zeit anhalten — haben wir an Hand von Beispielen bereits gezeigt.

Um so anerkannterwert ist es, wenn im Gegensatz zu solchen Bestrebungen einzelne Arbeitgeber einer gemeinsamen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern das Wort reden. Der „Korrespondent“ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gut- und Filzwaren-Industrie zitiert die Ausführungen eines Herrn H. Marjal aus „Der deutsche Hutbändler“.

Herr H. Marjal äußert sich zur Uebergangswirtschaft der Hutindustrie nach dem Kriege und ferner zu einigen allgemeinen sozialwirtschaftlichen Fragen. Er redet einer Verständigung aller jener Kreise das Wort, die an dem Wohlfühlen der Hutindustrie ein wirtschaftliches Interesse haben. Hierzu zählt Herr Marjal auch besonders die Arbeiter. Man glaubt sich beinahe in der Zeit jener großen Utopisten verfehlt, wenn Herr Marjal betont: „Wie bauen wir auf den Ruinen der alten Zeit für unseren Beruf eine neue Zeit auf, in der sich alle Mitglieder unserer Vereinigung, unseres Berufes, nach dem Kriege für die fernere Zukunft wohl befinden? ... Das Fundament ist die Arbeit. Soll nun etwas Gutes geschehen, so müssen wir von unten an in unserem Berufe mit der Besserung der Lage der Arbeiter anfangen. ... Für fast alle, die in unserem Berufe arbeiten, könnten, mit Ausnahme von wenigen, erträgliche Lebensbedingungen geschaffen werden. Nur fehlt der Zusammenschluß, eine Vereinigung der Fabrikanten mit den Großhändlern, den Detailhändlern und den Arbeitern, wo einer den anderen gegen Uebertretung schützt.“

Wir befürchten, Herr Marjal wird es mit seinen gut gemeinten Ratschlägen nicht gut ergehen. Sobald er eine ernstliche Verbesserung der Lage der Arbeiter anstrebt, wird er derachtet und verstoßen werden von seinen Klassengenossen. Inwieweit der Vorschlag des Herrn Marjal eine Verständigung der angeführten Kreise über die spätere notwendigen Lebensbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bezweckt, liegt ihm selber ein erreichbares Ziel zugrunde. Und mit Recht betont das Gewerkschaftsorgan „Korrespondent“ des Verbandes der Gut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands:

Nicht die Macht soll entscheiden, welche Arbeitsbedingungen zu gelten haben, sondern die soziale Gerechtigkeit, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und unser aller naturnotwendiges Streben nach Verbesserung der Lebensbedingungen und Aufwärtsentwicklung unserer Kultur. In dieser Richtung hat die Arbeiterschaft stets gestrebt und fördert jeden Vorschlag, von welcher Seite er auch kommen mag. Daher ist sie bereit, Vorstöße mit herbeizutragen zu dem „wohnlichen Neubau“ den Herr Marjal aus den Ruinen einer alten Zeit für die Berufsangehörigen der Hutindustrie möchte entstehen sehen.

Starke Mitgliederzunahme im Metallarbeiterverband.

Obwohl die Zahl der Einberufungen zum Heer die Zahl der Entlassungen im Jahre 1917 noch um 8205 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes überstieg, kann die „Metallarbeiter-Zeitung“ im genannten Zeitraum von einer Zunahme von 140 945 Mitgliedern berichten. Eine so starke Mitgliedersteigerung hat der Metallarbeiterverband seit seinem Bestehen noch niemals verzeichnen können. Selbst die Rekrutierungen zum Heer außer Betracht gelassen, ergibt sich eine Zunahme von 57,15 Proz. der Mitgliederzahl. Eine solche Erstarkung der Organisation bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, den kommenden Zeiten mit Ruhe und Vertrauen entgegen gehen zu können.

Teuerungszulagen der Berufsgenossenschaftsangehörigen.

Die Unfallberufsgenossenschaften können im allgemeinen ihren Angestellten gegenüber nicht als vorbildliche Arbeitgeber angesehen werden. Die Gehälter sind mit wenigen Ausnahmen sehr niedrig, während die leitenden Beamten zum Teil ziemlich hoch bezahlt werden. Auch bei der Gewährung von Teuerungszulagen sind die Berufsgenossenschaftsvorstände bisher außerordentlich zurückhaltend gewesen. Das hat auch die Angestellten, die sich früher immer etwas Besonderes auf ihre Stellung zu gute taten, zum Nach-

denken gebracht und hat sie in immer größerer Zahl ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Bureauangestellten, zugeführt, der seine Mitgliederzahl aus dieser Branche während des Krieges verdreifachen konnte. Unterm 11. September 1917 wandte sich nun der Verband der Bureauangestellten an den Verband der Berufsgenossenschaften mit dem Ersuchen, durch gemeinsame Verhandlungen und Vereinbarungen eine wesentliche Erhöhung und eine einheitliche Regelung der Teuerungszulagen bei den Berufsgenossenschaften herbeizuführen. Während früher ein großer Teil der Berufsgenossenschaftsvorstände überhaupt jedes Verhandeln mit der Angestelltenorganisation grundsätzlich ablehnte, hat sich inzwischen, nachdem auf Veranlassung des Verbandes auch das Reichsversicherungsamt eingegriffen hatte, dieser Standpunkt etwas geändert. Der Verband der Berufsgenossenschaften erklärte zwar, eine Regelung der Teuerungszulagen nicht treffen zu können, da er keine Arbeitgeber-Organisation sei, stellte aber ein Herantreten an die einzelnen Berufsgenossenschaften onheim. Das ist dann auch zum Teil durch die Angestelltenverband, zum Teil durch die Angestellten selbst geschehen. Bei einer ganzen Reihe von Berufsgenossenschaften sind auch erhebliche Fortschritte erzielt worden. Bemerkenswert ist dabei, daß in einzelnen Fällen direkt anerkannt wurde, daß die Erhöhung der Teuerungszulagen im Hinblick auf das Vorgehen des Verbandes der Bureauangestellten erfolgte. So erhöhte z. B. die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft die Teuerungszulage von 20 auf 40 Proz. des Gehalts. Die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft erhöhte die Teuerungszulage der Ledigen von 15 auf 40 Proz., der Verheirateten von 30 auf 80 Proz., der Kinder von 5 auf 30 Proz. Bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik erhalten jetzt die verheirateten Angestellten 50 Proz. des Gehalts, Ledige 35 Proz., Abteilungsleiter 80 Proz., für jedes Kind außerdem 200 M. jährlich. Den Hilfsarbeitern wird gezahlt: Verheiratete 70 M. und für jedes Kind 10 M., Ledige 40 M. Bei der Lager-Berufsgenossenschaft erhielten bisher die Angestellten mit einem Einkommen bis 3000 M. 45 M. und über 3000 M. 85 M. Es werden jetzt gezahlt: bis 2200 — 40 Proz., von 2200, bis 3000 — 50 Proz., von 3000, bis 3500 — 25 Proz., von 3500, bis 5000 — 20 Proz., von 5000 M., über 5000 — 15 Proz. Die Hilfsarbeiter erhielten Gehaltszulagen von 10—20 Mark. Bei der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft wurde eine Verdoppelung der bisherigen sehr niedrigen Teuerungszulage vorgenommen; es erhalten jetzt die Ledigen 30 M., die Verheirateten je nach der Kinderzahl 45 M. und mehr. Die Detailhandels-Berufsgenossenschaft zahlte den Verheirateten eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines Monatsgehältes, einschließlich Wohnungszulage und laufender Teuerungszulage und für jedes Kind 50 M., den Ledigen 25 M. des Gehalts.

Die jetzt gezahlten Sätze bleiben zum erheblichen Teil immer noch zurück hinter dem, was mit Rücksicht auf die Teuerung berechtigterweise verlangt werden kann. Trotzdem sind wesentliche Fortschritte in einer besseren und zeitgemäheren Vergütung der Angestellten und Hilfsarbeiter gemacht worden, die diese lediglich der Tätigkeit ihrer Organisation verdanken. Hoffentlich sehen nun auch die noch nicht organisierten Angestellten ein, daß sie in ihrem eigenen Interesse sich ebenfalls dem Verband der Bureauangestellten anschließen müssen, damit mit ihm so größtem Erfolge die berechtigten Wünsche der Angestellten vertreten werden können.

Parteinachrichten.

Eine Richtigstellung.

Die „Leipz. Volksz.“ hebt, den Spuren der „Solinger Arbeiterstimme“ folgend, im Leitartikel ihrer Donnerstagsnummer gleich zweimal besonders hervor, daß ich in einer Dortmund-Versammlung in einem Gebäude des Stahlwerkes Haesch einen „amerikanistischen“ Vortrag gehalten hätte. Wie wenig der Vortrag „amerikanistisch“ war, kann das Blatt aus dem ausführlichen Bericht des Dortmunder Parteiblattes sehen, der ihr hoffentlich nicht ebenso unglaubwürdig erscheint, wie kürzlich der Bericht des Kölner Parteiblattes über eine ähnliche Versammlung. Sämtliche neun in der letzten Zeit von mir im Westen abgehaltenen Wahlkreisversammlungen waren selbstverständlich von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veranstaltet und von niemandem sonst.

Was insbesondere die beiden Dortmund-Versammlungen angeht, so fanden auch sie in öffentlichen Lokalen statt, die der Arbeiterschaft seit Jahren und Jahrzehnten zur Verfügung stehen. Es ist mir völlig unbekannt, daß diese Lokale oder eines von ihnen zu dem Stahlwerk Haesch auch nur die leisesten Beziehungen hat. Die dunklen Andeutungen der „unabhängigen“ Presse sind also völlig gegenstandslos.

Konrad Gaenisch.

Erfolgreiche Werbetätigkeit der österreichischen Jugendorganisation.

Wie der „Jugendliche Arbeiter“, das Organ der österreichischen Jugendorganisation berichtet, hat diese in den letzten Monaten eine erfolgreiche Werbetätigkeit durchgeführt. Es wurden bisher 8120 neue Mitglieder gewonnen — unter den jetzigen Verhältnissen ein ganz ansehnliches Ergebnis. Die Jugendarbeit wurde in vielen Orten, in denen sie infolge der Kriegswirkungen brach lag, wieder neu aufgenommen. In vielen Kreisen wird die Werbetätigkeit noch fortgesetzt. Insgesamt hat die österreichische Jugendorganisation seit Beginn des Krieges 15 511 neue Mitglieder gewonnen.

Industrie und Handel.

Der russische Staatsbankrott.

Die Duma aus Petersburg meldet, genehmigte der Rat der Volkskommissare das Dekret über die Richtigstellung aller russischen ausländischen und inneren Staatsanleihen vom 14. Dezember ab. Die Dezemberanleihe der Anleihen werden nicht eingelöst, ebenso werden die von den früheren Regierungen an Finanzinstitute verliehenen Garantien annulliert. Die Titel haben das gleiche Umlaufrecht wie die Banknoten. Die kleinen Inhaber von annullierten Titeln innerer Anleihen haben Anspruch auf eine Rente in der Höhe der bisher bezogenen Zinsen, wenn die Titel unter 10 000 Rubel bleiben. Die Sparanleihen werden davon nicht berührt. Das Dekret wird dem Zentralausschuß zur Genehmigung unterbreitet werden.

Die Meldung ist noch sehr unklar. Auf der einen Seite wird die Ungültigkeit der russischen Anleihen erklärt, auf der anderen Seite werden sie den Banknoten gleichgestellt, wird ihnen also die Funktion beigelegt, als Umlaufmittel zu dienen, so daß eigentlich nur von einer Einstellung der Zinsen in den nächsten Jahren gesprochen werden kann. Auch diese erstreckt sich nur auf die großen Staatsgäubiger, die andern, die kleinen Rentner sollen weiter Zinsen, wenigstens bis zu einem gewissen Ausmaß, beziehen. Nun wird natürlich jeder Besitzer von mehr als 10 000 Rubeln russischer Anleihe Strohmänner suchen, denen er zum Betrug des Fiskus Obligationen ausbündelt. Eine Kontrolle wird sehr schwer, in den jetzigen turbulenten Zeiten vielleicht unmöglich sein. Darin liegt eine der großen Schwächen des Dekrets. Die deutschen Besitzer russischer Fonds werden zweifellos in den Friedensunterhandlungen energische Anträge über gungläubig erworbenen Rechte finden.

Schlechter sind die viel zahlreicheren russischen Staatsgäubiger im neutralen und feindlichen Ausland daran, die vorläufig keine Mittel zur Durchsetzung ihrer Ansprüche haben. Die Entente-Regierungen haben bekanntlich schon seit längerer Zeit Rußland den Schuldendienst abgenommen; aber auf die Dauer ist das ein sehr kostspieliges Vergnügen.

Nach einer Meldung aus Moskau vom 27. Dezember, die in der „Dzelo Karaba“ vom 28. Dezember wiedergegeben wird, sind gleichzeitig mit der Reichsbank in Moskau auch die Privatbanken geschlossen. Die Banken sind vom Publikum besagert. Viele Handels- und Industrie-Unternehmungen befinden sich in verzweifelter Lage. Die Delegierten-Versammlung der Angestellten der Kreditinstitute beschloß, der Verfügung des Rates der Volkskommissare über die Kontrolle der laufenden Rechnungen nicht Folge zu leisten. In der Versammlung wurde festgehalten, daß die Bevölkerung in kurzer Zeit über 800 Millionen Rubel abgeben habe, während die Einbringung von Einlagen gänzlich aufgehört hat.

Der deutsch-russische Fronthandel während des Waffenstillstandes.

Hierüber wird dem Handelsvertragsverein von seinem Vertrauensmann für die besetzten Gebiete in Rußland geschrieben:

In den Kreisen der deutschen Geschäftswelt herrscht vielfach die irrthümliche Auffassung, daß mit Beginn des Waffenstillstandes sich nummehr jeder Kaufmann, der sich nahe der Front befindet, unter guten Auspizien am Handel mit Rußland beteiligen könne. Es muß daher immer wieder betont werden, daß der Zivilist, also der private Geschäftsmann, in den wenigsten Fällen überhaupt direkt hervortreten kann. Nur vereinzelte Firmen haben sich bisher an dem sog. Frontgeschäft beteiligen können. Meistens fliehen die im Tauschverkehr beschafften Waren den in Betracht kommenden Stellen der Militärverwaltung zu. In der Hauptsache werden aber die vor kommenden Warenaustauschgeschäfte von den Soldaten vermittelt. Nur indirekt zieht auch das Hinterland Nutzen davon, sofern die Soldaten hier nun auch wieder geeignete Tauschobjekte einlaufen. Nur sind selber die meisten Artikel, die in Betracht kommen würden, nicht für den Verkehr freigegeben.

In Warschau hat man sofort eine Preissteigerung in einer ganzen Reihe von Artikeln verspüren können, so in Weizen, Mehlwaren (namentlich Nasserapparaten), Galanteriewaren (namentlich Taschenuhren), Porzellan, Gläsern, warmer Wäsche, Handschuhen usw. Alle diese Artikel wurden namentlich von Umläufern aufgekauft. Dem Vernehmen nach haben die Russen dafür namentlich Weiz, Gett, Futter, Tee und Hülsenfrüchte gegeben; mit Geld ward nur wenig bezahlt. Im Verkehr zwischen Rußland und Oesterreich soll namentlich in Rowel der Handel schon äußerst lebhaft gewesen sein und hier auch durch bedeutendere Ausdehnung durch private Initiative gewonnen haben.

Mit der Zeit dürfte das Frontgeschäft in der ganzen Ausdehnung von Riga bis zum Schwarzen Meere immer lebhafter werden und wohl auch durch behördliche Maßnahmen noch gefördert werden. Bemerkenswert ist, daß auch eine Anzahl von Personen, die seinerzeit bei dem Einmarsch in das jetzt von und besetzte Gebiet nach dem Innern Rußlands flohen, jetzt von den Russen wieder in die Heimat zurückgelassen werden.

Die Kesselfabrikation für das Jahr 1918 ist für ganz Deutschland eine Kesselfabrikation von etwa 23 000 Hektar in Aussicht genommen, die den Ertrag von 175 000 Doppelzentner Kesselfabrikation schafft. Das bayerische Kriegsministerium hat angeregt, eine bayerische Kesselfabrik zu schaffen und neben dieser eine bayerische Kesselfabrik in m. B. mit einem Kapital von 1 000 000 M. zu gründen. Diese Gesellschaft wird sich und Stimme im Ausschußrat der Kesselfabrikanten Berlin erhalten.

Verantwortlich für Politik: Fritz Stamer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kassel; für Literatur: Dr. Giese, Berlin; Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute 2. Beilage.

Leipziger Straße
(Versand-
Abteilung)

A. Wertheim

Königstraße
Rosenthaler Str.
Moritzplatz

GLASWAREN

Pressglasnatur „Hansa“

Butterdosen 75 Pf. Käseglocken 1.70
Konfektschalen 1.95 Komp.-Schüsseln 35 Pf. 1.95
Blumenschalen 90 Pf. 1.95 Kompotteller . 25 Pf. 38 Pf.
Blumenvasen 60 Pf. 1.95 Zuckerschalen 60 Pf. 80 Pf.
Wasserkrüge 1.35 bis 2.95, Tablett 35 Pf.

Likörgläser gepreßt 15 Pf. geschliffen 85 Pf.
Teller glatt von 35 Pf. bis 3.60, oval von 70 Pf. bis 2.05
Blumenvasen Tulpenform 1.90 bis 5.40, hoch 95 Pf. bis 3.95
Fussgläser geschliffen 1.10
Weingläser glatt 65 Pf., 75 Pf., 95 Pf.

Kristall Teetische 42 Pf., 55 Pf., 65 Pf. Bierbocher 45 Pf.

PORZELLAN

Weiss

Kaffeekannen . 1.25, 1.55 Milchtöpfe . 28 Pf. bis 80 Pf.
Teekannen . . 85 Pf., 1.35 Zuckerdosen 40 Pf.
Tassen 33 Pf. Kuchenteller 18 Pf.
Bratenschüsseln 45 Pf. bis 1.65 Tuschschalen 95 Pf.
Brotteller 30 Pf. Kompotteller 25 Pf.

Bunt bemalt

Tafelgeschirre für 6 Pers. 25teilig 72.00, für 12 Pers. 77teilig 245.00
Kaffeegeschirre 9teilig 12.50, 19.50
Obstsatz 7teilig 5.75 Obstteller 90 Pf.

Praktischer Zimmerschmuck:

Elektrischer Raucherzehrer und Verdunster
für Parfüm und andere feine Flüssigkeiten . . . 32.00 bis 175.00
ad. Leipziger Straße, Drogen-Lager

STEINGUT

Tafelgeschirr, bunt bedruckt

Speiseteller 11st. 40 Pf. Kompottschüss. 1.70, 2.35
Brotteller 30 Pf. Suppenschüss. 5.40, 5.95
Kompotteller 27 Pf. Tuschschalen 2.40
Gemüseschüss. 1.50, 1.90 Kartoffelnäpfe 3.60, 4.00
Bratenschüsseln oval von 80 Pf. bis 2.95

Teegeschirr, schwarz glasiert

Teekannen 95 Pf. Milchtöpfe 60 Pf.
Teetassen 60 Pf. Teller 45 Pf.
Kuchenteller 1.20 Schokol. Krug. 1.75, 2.00

Teegeschirr, bunt bemalt, Holland

Tassen 60 Pf. Teller 35, 38 Pf.
Krüge 50, 60 Pf. Kannen 90 Pf.

Nähr- und Kräftigungsmittel für Erwachsene und Kinder:

Malzextrakt Dose 3.60, 2.00 Haematopan Fl. 2.40 Lecithin-Perdynamin FL 5.00
Legertrax Emulsion Fl. 3.90 Pepsinwein Fl. 2.20 b. 15.00 *Riba Dose 5.00
Regenerin Fl. 4.80 Mals-Perdynamin . Fl. 4.50
Punsch-Extrakte u. Liköre, alkoholfrei, auch in Feldpostpackungen

Fischpudding 1/2 Dose 8.45 Milfix Kunstfleisch . Dose 2.40

Fischklöße 1/2 Dose 5.30 Gänsekeule in eig. Saft Dose 8.20

Mittagsfisch in dr. Tunkte 1/2 D. 5.50 Ausl. Puddingpulver Pack. 45 Pf.

Groß-Berlin

Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs.

In den Räumen des Verbandes Groß-Berlin fand Freitagabend auf Einladung des Verbandsdirektors eine Besprechung mit den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden...

Dazu teilt uns die Direktion der Großen Berliner mit, daß von Montag ab die Linien 44 Tempelhof, Kobenzolderlorio-Schönhauser Allee, 38 Brig, Rathaus-Zentralbahnhof und NO Schönhauser Allee, Drankelstraße-Alexanderplatz, Kurze Straße wieder in ihrem vollständigen Umfang betrieben werden...

In der vorhergehenden Besprechung teilte der Vertreter der Großen Berliner Straßenbahn folgendes mit: Der Großen Berliner stehen gegenwärtig für die Ausbesserung der Schäden nur 900 Arbeiter zur Verfügung. Es besteht Mangel an Keil- und Schmelzbleche; ferner fehlen Vandalen, Klackisen, Schrauben und Glas. In Groß-Berlin seien zurzeit 78 Wagen mit Perronbrücken vorhanden. Von 2200 Straßenbahnwagen seien 980 schadhakt. Gegenwärtig sei also ein Bestand von 1220 Wagen vorhanden.

Die Zange der Großen Berliner.

Durch den Deutschen Transportarbeiter-Verband sind den diesigen Straßen- und Großbahn-Verwaltungen Wünsche um Regulierung der Löhne übermitteln worden. Während die Hochbahn-Gesellschaft bisher noch nicht geantwortet, haben die Städtische und Elektrische eine Kapazität zugesagt. Die Große Berliner hat indessen unter dem 11. Januar er. einen ablehnenden Bescheid gegeben, in welchem es u. a. heißt: „So lange uns daher von dem Verbands-Groß-Berlin eine angemessene Tarifierhöhung verweigert wird, müssen wir im Einverständnis mit unserem Aufsichtsrat die vorgeschlagene Lohnerhöhung zu unserem Bedauern ablehnen.“

Sie weisen darauf hin, daß diese Haltung der Betriebsleitung infolgedessen großen Unwillen beim Personal hervorrufen wird, als festgestellt werden muß, daß 1. trotz wiederholter Ausbesserung der Wechse, die derzeitigen Löhne zur Bestreitung der Kosten der Lebenshaltung nicht ausreichten sind, 2. der bisherige tatsächliche Verdienst nur durch Leistung erheblicher Überarbeit erzielt werden konnte, 3. eine derartige dauernde Überleistung die Kräfte des Personals weit übersteigt und dadurch 4. die Gesundheit desselben sowie die Sicherheit des Verkehrs stark gefährdet werden. Die Vertrauensleute stellen weiter fest, daß durch das Verhalten des Personals während der ganzen Dauer des Krieges der Beweis erbracht worden ist, daß dasselbe stets bereit war, die aus der Aufrechterhaltung des Betriebes sich ergebenden Pflichten willig auf sich zu nehmen, und unter Hintansetzung der eigenen Interessen gewissenhaft zu erfüllen. Diese Tatsachen müßten auch von der Direktion um so mehr gewürdigt werden, als eine Ablehnung der berechtigten Wünsche der Angestellten nicht nur zur Förderung der Arbeitslust und -freudigkeit beitragen dürfte. Wenn die Direktion die Wünsche des Personals mit dem Hinweis auf die zukünftige unsichere wirtschaftliche Lage des Unternehmens ablehnt, so muß das Befremden erregen, weil auch ihr bekannt ist, daß die Angestellten für die Ursachen dieses Zustandes nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Vertrauensleute bedauern selbst auf das lebhafteste, daß durch nicht rechtzeitige Regelung der Tariffrage eine derartige Verquickung dieser mit der Lohnforderung herbeigeführt worden ist.

Sie lehnen die sich daraus ergebenden Konsequenzen mit aller Entschiedenheit ab.

Des ferneren wurde beschlossen, zunächst in einer allgemeinen Verammlung sämtlicher Verkehrsbediensteten noch einmal Stellung zur Sache zu nehmen. Diese Verammlung fand am 18. Januar statt und war stark überfüllt. Nach dem Referat des Genossen Raikmann setzte eine lebhafteste Diskussion ein. Vor allem beipflichtete man das ständige Hindernis, die Tariffrage. Man war der Meinung, daß die Tariffrage längst erledigt sei, wenn die Bahn im Geiste des Zweckverbandes wäre. Die jetzt vorgeschlagene Regelung des 11-Pf.-Tarifs sei, abgesehen von den großen technischen Schwierigkeiten, nicht geeignet, die materielle Lage der Personals zu heben. Auf jeden Fall wäre es dringend erwünscht, daß auch jetzt während des Krieges eine anderweitige Regelung des Tarifs vorgenommen wird. Sollte man der Gesellschaft den Mehrverdienst nicht geben, so könnten Bestimmungen getroffen werden, wonach dieser Gewinn, nachdem die Lohnfragen ihre Erledigung gefunden, an die Kommunen fließen. Das Personal könne sich nicht denken, daß Pabstium, Kommune und Gesellschaft es darauf abgesehen haben, den Straßenbahnbediensteten die ganze Not, die der Krieg der arbeitenden Klasse gebracht, bis auf den kleinsten Rest durchkosten solle. Noch sei Ruhe und Frieden im Betriebe, aber das Elend habe einen solchen Grad erreicht, daß jeden Tag erste Dissezenzen entstehen könnten. Schließlich wurde eine Entschlieung angenommen, nach welcher das Kriegsrat um eine Vermittlung zwischen Direktion und Personal sowie den Verbandsvertretern angegangen werden soll.

Jugend und Schönheit sind Schmutz genug!

Du brauchst keine Perlen, keine Edelsteine - Bringe sie zur Goldankaufsstelle

Für Gold der volle Goldwert, für Juwelen der Marktpreis

winn, nachdem die Lohnfragen ihre Erledigung gefunden, an die Kommunen fließen. Das Personal könne sich nicht denken, daß Pabstium, Kommune und Gesellschaft es darauf abgesehen haben, den Straßenbahnbediensteten die ganze Not, die der Krieg der arbeitenden Klasse gebracht, bis auf den kleinsten Rest durchkosten solle. Noch sei Ruhe und Frieden im Betriebe, aber das Elend habe einen solchen Grad erreicht, daß jeden Tag erste Dissezenzen entstehen könnten. Schließlich wurde eine Entschlieung angenommen, nach welcher das Kriegsrat um eine Vermittlung zwischen Direktion und Personal sowie den Verbandsvertretern angegangen werden soll.

Die Wahl des Verbandsdirektors.

Die gestrige erste Sitzung der Kommission der Verbandsverammlung für die Wahl eines Verbandsdirektors war dazu bestimmt, die eingegangenen Bewerbungen erstmalig zu sichten. Die in dieser Beziehung von den Referenten Oberbürgermeister Dominicus und Landrat von Adenbach geleistete Vorarbeit wurde in der Kommission vorgetragen, und diese beschloß, über eine größere Reihe der Bewerber persönliche Erkundigungen einzuziehen.

Berliner Lebensmittel.

Die Kartoffelration von 7 Pfund wird in der folgenden Woche in der gleichen Weise zur Verteilung kommen, wie in der vergangenen, indem nämlich 6 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte beim Kleinbändler entnommen werden können und 1 Pfund aus der eigenen Ration zu verbrauchen ist. Alle diejenigen, die bei ihrem Kleinbändler infolge der Transportschwierigkeiten auf die Abkürzung 3 der Kartoffelkarte Kartoffeln noch nicht erhalten konnten, können diese noch in der folgenden Woche einlösen.

Vom Montag, den 21. bis Sonntag, den 27. Januar wird in den im Norden Berlins beiderseits der Köpenickerstraße gelegenen Bezirken der 168., 169., 170., 190. und 228. Volkswahlbezirk je 125 Gramm Käse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Ausschankstellen gekennzeichneten Geschäften gegen Vorlegung der Mittelkarte der gültigen Speisekarten. Das Nähere ergibt sich aus der an den Anschlagtafeln veröffentlichten Bekanntmachung.

Neuer Kohlrabenpreis.

Durch Bekanntmachung der Preisprüfungsstelle ist für gelbe Kohlraben ein Kleinhandelspreis von 9 Pf. für das Pfund festgesetzt.

Zulagen für Rentenempfänger.

Vom 1. Februar bis zum Ende dieses Jahres erhalten Personen, welche aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente beziehen, die ihnen von der Post gegen eine Renten-

quittung mit dem Buchstaben J. (hellgrünes Papier) oder K. (hellgelbes Papier) gezahlt wird, eine Zulage von monatlich 8 M.; ferner Personen, welche eine Witwenrente oder Witwenrente oder Witwenrente beziehen, die ihnen von der Post gegen eine Rentenquittung mit dem Buchstaben V. (dunkelgelbes Papier) oder W. K. (grünes Papier) gezahlt wird, eine Zulage von monatlich 4 M. - Personen, welche Altersrente oder Familienrente beziehen, erhalten keine Zulage. Die Zulage ist mit der laufenden Rente zusammen, zum ersten Male am 1. Februar d. J. von der Post zu erheben.

In Berlin können die Rentenempfänger die Vordrucke für die Quittungen über die Zulagen in den Polizeirevierbüros, in deren Bezirk sie wohnen, vom 28. dieses Monats ab in Empfang nehmen. Als Ausweis muß ein Quittungsvordruck über die laufende Rente oder auch der Rentenfeststellungsbescheid vorgelegt werden. Nach Empfang der Vordrucke empfiehlt es sich, zu Anfang eines jeden Monats eine Quittung über die Zulage zusammen mit der Quittung über die laufende Rente zur Beglaubigung vorzulegen. Rentenempfänger, die auf den Polizeirevierbüros die Vordrucke nicht erhalten, können sie auch im Bureau des Versicherungsamts der Stadt Berlin, Klosterstr. 65/67, Hof, Aufgang C, 2 Treppen, Zimmer 29 in den Dienststunden von 9 bis 3 Uhr in Empfang nehmen. Mitzubringen sind ebenfalls die obengenannten Ausweise.

Die Schneefällungen. Amlich wird mitgeteilt: Die Schneefällungen an den Telegraphenlinien haben infolge der ungünstigen Witterung noch nicht beseitigt werden können. Wichtige Verbindungen im Inland sowie die Verbindung mit Holland, Dänemark und der Schweiz fehlen auch heute noch. Erhebliche Telegrammverzögerungen sind auch ferner unvermeidlich.

Vortrag über Geschlechtskrankheiten. Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet in diesem Jahre nur drei hygienische Vorträge. Der erste findet am Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses statt. Es spricht Herr Dr. V. Chajes über die „Geschlechtskrankheiten, ihre Gefahren, Verhütung und Bekämpfung.“

Preiswucher mit Karbid. Das Kriegswirtschaftsamt teilt mit: Die festgesetzt worden ist, werden von Kleinbändlern, die mit der Verteilung von Karbid in Mengen unter 10 Kilogramm beauftragt sind, den Verbrauchern Preise abgenommen, die die erlaubten wesentlich übersteigen. Die Kleinbändler sind nur berechtigt, den Verbrauchern für 1 Kilogramm Karbid 1,20 M. ohne Verpackung in einer Kutsche, und 1,70 M. einschließlich der Kutsche zu berechnen.

Steglig steht zu Neukölln.

In einer der jetzt üblichen Ernährungsdebatten in der Gemeindevertretung am Freitag sprach Genosse Leimbach sein Bedauern aus, daß außer Groß-Bitterfeld keine Groß-Berliner Gemeinde dem Neuköllner Magistrat in seinem Kampfe gegen das heutige Ernährungssystem beigegeben sei; auch der Groß-Berliner Bürgerausschuß habe hier eine günstige Gelegenheit zum wirkungsvollen Eingreifen verkannt. Es sei doch kein Geheimnis, daß alle Groß-Berliner Gemeinden, und sicher auch die Gemeinde Steglitz, in der gleichen Zwangslage wie Neukölln gewesen seien und deshalb ebenso gehandelt hätten. Schöffe Jochem entgegnete darauf unter dem Vorbehalt der Verammlung, daß er nicht anstehende, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß auch Steglitz so wie Neukölln verfahren sei, sonst hätten wir überhaupt keine Lebensmittel erhalten. Wenn er und der Lebensmittelausschuß vor der Frage standen, entweder die erlassenen Verordnungen zu befolgen oder zur Abwendung der größten Not von der Bürgererschaft dagegen zu handeln, habe man sich stets für das Letztere entschieden. Auch an Eingaben an die betreffenden Reichsstellen habe es der Lebensmittelausschuß nicht fehlen lassen, um eine Änderung des Systems zu erreichen.

Der Antrag des Gemeindevorstandes auf eine einmalige Steuerzulage für die Beamten der Gemeinde in Höhe von 200 M. sowie 10 Proz. für jedes Kind der Verheirateten und 100 M. für die Ledigen, ferner von 100 M. und 5 Proz. für die im Heeresdienst stehenden Verheirateten wurde in dieser Sitzung vom Genossen Leimbach bekämpft. Er wandte sich dagegen, daß die Hilfskräfte und Arbeiter abermals leer ausgehen, und bezeichnete die Zulage für die im Heeresdienste stehenden als ungerecht. Der Redner forderte Änderung der Vorlage und beantragte Zurückweisung an den Gemeindevorstand. Dieser Antrag wurde jedoch gegen zwei sozialdemokratische Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag des Gemeindevorstandes einstimmig angenommen.

17]

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Die stillen Zimmer des Hauses grausten Frau Berthold an; wenn sie mittags und abends in dem weiten leeren Speisezimmer allein am Tisch saß, konnte sie nichts essen. Die Einsamkeit würgte ihr die Kehle zu. Die Herbstabende waren endlos. Ach, und diese Nächte! Furcht vor Einbrechern, Mördern und Dieben kannte sie jetzt nicht mehr, sie sah nicht mehr hinter die Schränke. Aber eine andere Furcht lebte in ihr, und die war viel schlimmer: die ungeheure Angst: wie wird es enden?! Nun ging man schon in den zweiten Kriegswinter hinein. Wie lange noch?! Konnte Deutschland noch immer widerstehen? Hatte es immer noch genug Männer zum Kämpfen, zum Siegen? Sie glaubte jeden Tag mehr Trauern zu sehen. Gingen denn alle Leute in Schwarz? Burden der Anzeigen von Heldentod nicht immer mehr und mehr? Lange Spalten der Zeitungen füllten sie an, ganze Seiten. Und kein Lachen mehr ringsum. Wenn sie doch einen mühte, der noch so recht herzlich lachen könnte! Ein harmlos-betertes Lachen aus freier Brust. Ob das junge Mädchen so lachen konnte? Jetzt freilich lachte selbst die Jugend nicht mehr. Drüben im Garten der Krüger sah sie die junge Frau Koffi wandeln, einer Nonne gleich, zwischen den buchsbaumgefaßten Beeten. Auf dem blonden Haar lag ein dunkler Schleier. Es wäre natürlich gewesen, daß Hedwig über den Jaun ein paar Worte an sie gerichtet hätte, sie waren doch nun Nachbarinnen, aber das melancholische Gesicht der anderen schreckte sie ab. Da war auch keine Erheiterung zu holen. Und vor der Krüger hatte sie fast eine Scheu. Die schaffte in ihrem Garten mit einem so ruhigen Gesicht, daß ihr das unnatürlich erschien. Wer konnte so ruhig sein? Die doch am allerwenigsten. Aber sie erntete ihre Obstbäume ab, so ganz bei der Sache, als sei der tiefste Friede, und sie habe weiter nichts zu bedenken, als ihre Ernte.

Oben auf der Leiter stand die Krüger und angelte mit dem Obstpfänder nach dem letzten Apfel mit einer Hartnäckigkeit, als hinge da oben in der schwanken Spitze das größte Glück. Mit peinlicher Sorgfalt bettete sie die erlesensten Früchte in einem mit Heu gepolsterten Korbe; sie sagte sie sogar mit Handschuhen an.

Hedwig konnte sich heute doch nicht enthalten, sie anzurufen. Der Mittag war schön, die Oktobersonne nahm ihre letzte Kraft zusammen, sie durchstach die schon trocken werdenden Blätter des halbwildern alten Birnbaums mit ihren Strahlen, daß, rührte ihn ein Windchen, es von ihm niedertroff wie rotes Blut. Die Krüger sammelte die herabgeschüttelten kleinen Birnchen; sie schwigte, auf ihren tiefgebückten Rücken prallte die Sonne. Als sie sich aufrichtete, sah sie gerade in Frau Berthold's Augen, die über den Jaun weg auf sie blickten. „Haben Sie mir gerufen?“

„Ja“, sagte Hedwig. „Ich bin so allein. Sagen Sie mir, Frau Krüger, warum lesen Sie die alle auf? Mit denen ist doch nicht viel anzufangen.“ Sie wies auf die wie geschüttelt liegenden verhußelten Birnchen.

„Die?“ Die Krüger hielt ein paar der geringen Früchtchen auf der ausgestreckten Hand. „Da toche ich aus von. Und wenn sie auch nicht zu essen wären, ich mach' mir zu tun, Frau Berthold. Je einmal bilden nimmt zehn Gedanken weg, hundertmal bilden hundert. Wenn man sich so viel gebückt hat, daß man gar nicht mehr denken kann, dann schläft man nachts. Ich schlafe.“

„Ja nicht!“ Hedwig seufzte. Die Krüger sah sie mißbilligend an. „Schaffen Sie Ihre Mädchen ab, machen Sie Ihre Arbeit allein. Ich möchte kein Mädchen jetzt haben. Alles alleine, alles alleine: reinemachen, lochen, graben, waschen, die Hühner füttern, den Stall ausmisten von den Karnickeln und von der Ziege. Sie glauben nicht, wie gut das einem tut.“

„Ich kann das nicht.“ Frau Berthold ließ die Arme sinken. „Ja bin die Arbeit ja nicht gewohnt. Ich halte gar nichts aus.“

Die Krüger lachte kurz auf. „Von wegen aushalten! Der Mensch hält noch ganz was anderes aus.“ Sie trat dicht an den Jaun; mit der gebräunten Hand sich den Schweiß von der Stirn wischend, in die ihr ein paar gelbste Strähnen des ergrauten Haars flatterten, sagte sie finstler: „Ich habe im Blatt gelesen, was die draußen aushalten: die fliegen im Graben in lauter Schlamm, die Granaten fliegen nur so um sie rum - und da 'ne Hand, da 'n Fuß - 'n halber Kopf, 'n pure Gehirn - das war mal 'n Kamerad und jetzt: bloß 'n Stückchen noch. Und Sie müssen denken: gleich bin ich nu dran. See, Frau Berthold, von uns hier drin darf kein einziger sagen: ich halte was nicht aus. Und was

glauben Sie wohl, was mein Gustav aushält! So weit in Gefangenschaft auf der wüsten Insel. Und denn nich mal schreiben dürfen! Und was halten unsere Verwundeten aus! All meine Birnen sollen die aber auch kriegen und all meine Kessel. Die seinen Vöckelung in dem die Katwill - die waren immer so was für Gustaven. Au, das nächste Jahr! Es ist ja zu weit, schicken kann ich se ihm jetzt nich. Die kämen nich an.“

Ah, die kämen wohl niemals an! Die Stirn zusammenziehend, sah Hedwig Berthold der Krüger nach, die den schweren Korb mit der Last der Birnen ins Haus trug. Das Land, wo Gustav weilte, das war fern der Erde, so fern, daß noch keiner von dort je wiedergekehrt. Hedwig schüttelte sich in einem geheimen Grausen: und die Mutter glaubte so fest an sein Gefangensein auf Korsika. Er dürfe nicht schreiben, so nahm sie an - arme Mutter! Es scror Hedwig Berthold plötzlich in dem von der Sonne vergoldeten Garten - Oktobersonne, die wärmt doch nicht mehr. Sie elkte ins Haus zurück, an den Schreibtisch, sie nahm die Feder und schrieb in Hast: zu ihr sollte Annemarie von Lohberg kommen. Und zwar bald - so rasch wie möglich. Sie war allein, das Haus geräumig, Berlin so nahe, sie würde dem jungen Mädchen gern alles zeigen, sich freuen, ihm Freude bereiten zu können. Nur kommen, rasch kommen sollte sie. Und das Lebensfrohe mitbringen, von dem ihre Mutter schrieb.

Hedwig fühlte sich erleichtert, als der Brief zur Post war. Sie rechnete nach: morgen traf der Brief in Koblenz ein, übermorgen schon konnte sie Antwort haben.

Wenn Annemarie von Lohberg morgens in ihrem nullverhängten Bett unter der blauweißen Steppdecke aufwachte, konnte sie sich noch immer nicht zurechtfinden: wo war sie? Wie war das hier so schön und so bequem! Zu Hause hatte sie auf einem Sofa geschlafen bei der Mutter im Zimmer. Im Bett des Vaters durfte sie nicht liegen, Frau von Lohberg konnte es noch nicht ertragen, daß es benutzt wurde. Darin hatte ihr Mann gelegen zu guter und zu böser Zeit; daraus hatte er am Abend, ehe er ins Feld rückte, ihr die starke Soldatenhand entgegengestreckt: „Sei tapfer, meine geliebte Frau!“ Und als er den letzten großen Abschied nahm, hatte er ihr daraus wieder die Hand, ach eine jetzt so schwache Hand, hingestreckt: sei tapfer! (Fortf. folgt.)

Wetter wurde der Beitritt der Gemeinde zur Berliner Vorortsgemeinschaft beschlossen und ein Antrag v. Hagen und Genossen angenommen, unter Aufhebung eines in der vorigen Sitzung gefassten Beschlusses die im März fälligen Ertrag- und Ergänzungswahlen zur Gemeindeverwaltung vorzunehmen. Gewählt wird auf Grund der Wählerlisten vom Jahre 1913!

Schöneberg, Lebensmittel. Bis Dienstag findet Voranmeldung statt für: 150 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 1 der neuen Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 100 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 1 der neuen Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche.

Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 200 Gramm Suppen auf Abschnitt 88, 600 Gramm getrocknete Mörrüben oder getrockneter Weizkohl auf Abschnitt 89 der Schöneberger Nährmittelkarte und 1/2 Pfund Buchweizenmehl auf Abschnitt 88 der Nährmittelkarte für Jugendliche. Die Schöneberger Nährmittelkarte bleibt weiterhin gültig und ist sorgfältig aufzubewahren.

Wilmersdorf, Abgabe von Stiefeln. Dem Magistrat sind vom Staate wiederum eine größere Anzahl Ersatzstiefeln in Leder und aus gepreßtem Leder überwiesen worden. Schriftliche Anträge auf Zuteilung solcher Stiefeln sind zu richten an: Die kommunale Verteilungsstelle für Sockenleder und Ersatzsocken, Sigmaringer Straße 1, Zimmer 10. Es mag hierbei bemerkt sein, daß für die Gewährung dieser überwiesenen Socken eine gewisse Prüfung der Einkommensverhältnisse des Antragstellers erforderlich ist. Die genannte Stelle befaßt sich natürlich nur mit der Abgabe der Socken, nicht auch mit ihrer Befestigung auf den Stiefeln. Hierfür kommt die Städtische Schuhreparatur- und Befestigungsanstalt in Betracht, die sich Holsteinische Straße 5 befindet. Die Befestigungsanstalt ihrerseits verfügt über Socken (aus Ersatzstoffen), wie sie im freien Handel zu haben sind.

Reinickendorf, Lebensmittel. Die Ausgabe der Socken an die Händler am 19. d. M. mußte zurückgezogen werden, weil Unregelmäßigkeiten bei Abgabe der Marken vorgekommen sind. Die Verteilung wird auf Abschnitt 187 erfolgen. Die Ablieferung des Teiles A des Abschnitts 187 muß bis 22. d. M. bei einem Kleinhändler erfolgen. Verkauf durch die Händler am 27. d. M.

Friedrichsfelde, Neuausgabe der Kohlenkarten. Die Ausgabe der Kohlenkarten für die 2. Winterhälfte hat durch die Hauselgenhäuser stattgefunden. Um etwaige Ausstellungen zu begleichen und die zuständigen Sonderkarten zu verteilen, hat die Gemeindeverwaltung besondere Sprechstunden in der Kohlenverteilungsstelle angelegt, und zwar für Friedrichsfelde Montag den 21. Januar, von 5-8 nachmittags, für die Buchstaben A-K, Dienstag, den 22. Januar, von 5-8 Uhr, für die Buchstaben L-Z; für Karlshorst Mittwoch, den 23. Januar, von 5-8 Uhr, für die Buchstaben A-K, Donnerstag, den 24. Januar, von 5-8 Uhr, für die Buchstaben L-Z.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirk Treptow-Daumshuldenweg. Am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ebert in Treptow, Graefstr. 1, eine Mitgliederbesprechung statt, in der Genosse A. Scholz über: Die zukünftige Gestaltung Groß-Berlins spricht. „Vorwärts“-Leser haben Zutritt.

Tempelhofer. Die Flugblattverbreitung findet heute nicht statt.

Bezirk Waidmannslust. Heute 4 Uhr findet in Hohen-Neuen-dorf bei Stöck, Ruhwaldstr. 45, eine Besprechung der Wahlvereinsmitglieder statt betreffend Agitation zur Reichstagswahl. „Vorwärts“-Leser haben Zutritt.

Friedrichsdorf-Petershagen. Mittwoch, den 23. Januar: Bezirksabend bei Heuer in Petershagen. Tagesordnung: Fortsetzung der Aussprache über den Vortrag „Uebergangswirtschaft“. Besprechung über die Reichstagswahl usw. „Vorwärts“-Leser und Parteifreunde sind eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

G. T. 28 Feld. Besten Dank, wird zweckdienlich verwandt. Sie müssen natürlich den Befehl respektieren. — **Tragener 33.** Mit den Sparten weiß die Parteikasse nichts anzufangen. — **H. R. 51a.** 1. Ja, aber das würde doch nicht zu Ihrem Gunsten ausfallen und Sie können doch damit nichts anfangen. 2. Klinge beim Gewerbeamt. — **H. R. 9.** Die Gemeinden können leider auf Grund des Bundesratsbeschlusses nicht zur Erhöhung der Unterführung um 5 M. gezwungen werden. — **G. R. Kantisdorf-Ed.** Garnkonsumverwendungslos in der Heimat; nervenleidend. — **G. G. 33.** 1. und 2. Da kein voller Jahresarbeitsverdienst vom Vorjahre vorliegt, erfolgt die Verantwortung zu dem gegenwärtigen Verdienst. 3. Miets natürlich nicht, nur die Mietstrafenlast. 4. Die Einschätzung gilt nur für das Vorjahr, jetzt erfolgt die Einschätzung wie unter 1 angegeben. — **J. M. 8.** Sie haben überhaupt keinen Anspruch auf Aufwandsentschädigung, sondern nur die Eltern hätten ihn. Es besteht aber kein Anspruch. — **G. R. 67.** 1. Es genügt in diesem Falle die einfache Zuteilung. 2. Ja, das liegt aber schließlich im Ermessen des Gerichts. — **J. 2. 100.** Die von Ihnen geschilderten Verhältnisse werden in jeder Familie ebenso oder ähnlich liegen; Sie können trotzdem zum Schneeschmelzen verpflichtet werden. — **J. J. 48.** Da Sie selbst keine Marken geliebt haben, haben Sie keinen Anspruch auf Stimmzettel. — **O. S. 10** zum 16. Jahr, nach Ihrem Einkommen etwa 50 M. monatlich. — **Wrest 24.** Auch die staatliche Unterführung kann verweigert werden, wenn Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet wird. Das wird bei Ihnen der Fall sein. Ebenso kann die Gemeindeunterstützung verweigert werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Etwas kälter, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen.



besinden Sie sich - sobald es sich um die Beschaffung von

Damenkleidung

handelt, in allerbesten Händen, und wenn Sie die augenblicklichen Zustände berücksichtigen, werden Sie jedesmal voller Freude und Zufriedenheit mit Ihrem Kauf von dannen gehen.

Königsstr. 33 Chausseestr. 113
Um Bahnhof Alexanderplatz Beim Ceciliner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Verbot wieder aufgehoben!

Erlösung von allem heftigen Erdenelend durch ein neues Staatssystem von F. E. Bilz.

Inhalt: Der Weltkrieg. — Sorge für die heimkehrenden Krieger. Friedensvorschlüge und Friedensbedingungen. — Grundzüge einer neuen Staatseinrichtung. — Armut, Nahrung- und Gesundheitsfragen kommen im neuen Staate nicht mehr vor. — Der Staat zahlt jedem Menschen ein ausreichendes Gehalt auf Lebenszeit. — Nur täglich dreistündige Arbeit für alle. — Das Reichparlament. — Mehr Lebensfreude für jung und alt. — Die sozialistische Partei. — Verstaatlichung von Grund und Boden, sowie sämtlicher Betriebe. — Das Naturgesetz verlangt eine internationale Weltgemeinschaft. — Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse. — Die schlimmsten heutigen Verhältnisse schenken wir uns selber. — Ehe oder freie Liebe und Naturerhe. — Das Heiraten der Mädchen wird immer schwieriger. — Mit Einführung der freien Liebe und Naturerhe wird es besser. — Jertümer der Religion führen zum Aberglauben. — Vorzüge für Strenggläubige. — Welche Religion ist die richtige? — Naturgemäße Kindererziehung. — Vermeidung von Krankheit und Siedum aller Art und vieles andere mehr. — Jeder Mann und jede Frau sollte dieses Buch lesen und verbreiten helfen, um sich und der ganzen Menschheit eine glücklichere Zukunft vorzubereiten, monach sich heute alle Völker denken. — Herr Sabellant S. in C. bestellte erst ein Exemplar. Nachdem er es gelesen, bestellte er sogleich noch 100 Exemplare nach und schrieb: „Der Inhalt des Buches ist ein edler Same auf das Feld der Menschenerziehung. Auch ich will die zum Wohle der Menschheit dienende Schrift verbreiten helfen. Preis 3 M. Porto 20 Pf. In bez. d. alle Buchhandl. Bilz' Sanatorium, Dresden-Blasewitz, u. Bilz' Verlag Leipzig. 20112

Goehebund - Berlin (Ausschuß f. Volkshaltungen)

100 Frohe Abende

für die werktätige Bevölkerung von Groß-Berlin.
Morgen Montag, den 21. Januar a. er. im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.

Das große Programm

Die meisten unserer hervorragenden Künstler und Künstlervereinigungen — Darsteller und Musiker, Männer- u. Frauenchöre — haben sich uns voll Hingabe zur Verfügung gestellt. Unter den Berliner Bühnen gibt es keine, deren Mitglieder nicht für uns tätig sein wollen.

Einlaß: 7 Uhr. Eintrittskarten Anfang: 7 1/2 Uhr.

(Preis einschl. Kleiderablage: 25 Pf. für die Einzelperson, 50 Pf. für die Familie bis zu 5 Personen)

worden in folgenden Verkaufsstellen ausgegeben:

- Norden: Fischer, Veteranenstr. 6.
- Nordost: Kraft, Weberstr. 24.
- Nordwest: Schmiedsack, Rathenower Str. 78 (E. Turmstr.).
- Süden: Schulz, Admiralstr. 40a.
- Südost: Horsch, Engelauer 15.
- Südwest: Böttger, Zossener Str. 30.
- Osten: Boldt, Warschauer Str. 62.
- Zentrum: Thiele, An der Stralauer Brücke 4.
- Charlottenburg: Schmidt, Rosinonstr. 4.
- Neukölln: Kessel, Kaiser-Friedrich-Str. 171 (Ecke Rosengartenstr.).
- Schöneberg: Spital, Mersburger Str. 5.
- Steglitz: Hilscher, Albrechtstr. 7.

- Dienstag, 22. Jan., Lehrervereinshaus, Alexanderstraße 41.
- Mittwoch, 23. „ Volkshaus, Charlottenburg, Rosinonstr. 4.
- Donnerstag, 24. „ Germania-Prachtalle, Chausseestr. 110.
- Freitag, 25. „ Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15.
- Sonabend, 26. „ zum Schultheiß, Hasenheide 22-31.
- Sonntag, 27. „ nachmitt. 2 Uhr, Schloßpark, Steglitz, Schloßstr. 48.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private

Möbel-Grosslager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Albert Gleiser

G.m.b.H. - Berlin C33, Alexanderstr. 42 Alexanderplatz

Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ausserkosten. Besichtigung besonders lohnend und erwünscht. Druckkosten kostenlos. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland

Beinleiden und Flechten

Behandle schmerzlos ohne Berührung
Flechner, NEUKÖLLN, Homöop. Ambulatorium, Berliner Straße 75. Sprechstunden von 9-1 und 5-7, Sonntags 9-1.

Starke Büste

wird erlangt durch das echte Bocaler-Busenwasser welches die Formen zur höchsten Entfaltung bringt u. einen gleichmäßigen Halsansatz bewirkt. Durch natürliche äußerliche Kräftigung wird die erschöpfte Brust gestärkt u. die unentwickelte kleine Büste vergrößert. Zahlr. Anerkennungen. Wirkung unübertroffen. Flasche 4 Mark. Kosmet. Laborat. H. Bocaler, Berlin 20, Schönhaus Allee 133

Prima Würstchen

u. Wurst u. Kaninchen- u. Rößfleisch tägl. frisch. Pfd. 2,50 M. Nachn. Eilp.-Vers. Versand v. 5 Pfd. ab. Roßschlächterei und Wurstfabrik Arthur Schindler, Zwickau i. S. 1*

5000 Carbidlampen

1. Stufe u. 2. Stufe, noch alter Preis 2,80 M. Carbidlampen in m. Kundenliste. Dänkl. Rabb. Abt. außen. Schrader, Weberstraße 42. 5/14*

Erfinder

während des Krieges grosse Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos Norddeutsches Patentbüro, Altestes Bureau Berlins, Berlin, Friedrichstr. 9 9-5, Sonntags 11-1

Spezialarzt

Dr. med. Coleman f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkrankh. Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher, schmerzlos ohne Berufssetzung in Dr. Homeyer & Co. kons. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüb. Königsstr. 56/57, gegenüber Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teillahl. Separates Damenzimmer.

Wohrrübenmoos

Pfd. 90 Pf. in Eimern je 20 Pfd. und etwas Zwiebeln. G. Bährig, Köpfler (Ant.)

Gaarausfall

Schuppenbildung, Juckreiz, Verkrüppelung, freies Arm. Robill, Grünbl. Spezialbehl. Dr. phil. Herzfeld, Charlottenburg, Kantstr. 34 (Seignepplatz), Tel. 9-1, Sonnt. 9-11

Polgarnitur

elegant 70., Wästen, Garderobenschrank 10., Tisch, Schulterschrank 40., Martin-Lutherstr. 44 III, Kaufinger

Bau

Parzelle 500 qm mit Obstbäumen, in Hausdorfer-Süd 3. ord. Bauverstein, Ober-Schönm. Siemensstr. 11

Erfinder

bedienen sich z. Anmelde. u. Verwertg. ihrer Erfindungen eines Patentfachmanns. Wir verkaufen u. a. ein Patent für

M. 850 000,-

durch uns. Mitarb. Ein D.R.G. M. in 14 Tag. für M. 20 000,-. Rat u. Auskunf kostenlos! F. Erdmann & Co., Berlin SW11, Königgrätz. Str. 73

Zroffventen

Prophete, Juckreiz, heiligt Reichels Prostitution, Balsam P. 1.50 M. Zroffwunden, offene Prostitution, heiligt Reichels Prostitution, Salbe, Dose 1.50 M. Wirkung erhebendes Prostitution, Gabeputzer 20. 1.-. 25 Jahre sicher bewährt! Otto Reichel, Berlin 43 50 Eisenbahnstr. 4

Inventur-Gelegenheit Möbel-Verkauf.

Erstklassige Speise- und Schlafzimmer. Inventur-Nachlaß 5 Proz. 19882* Möbelfabrik Siebeky, Gneisenaustr. 99/100.

Feurig-Santa-Lucia-Wein

süßer

Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mögliche Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten W. 1 an die Exped. d. „Vorn.“ Keine Kasse.

Käuflich in Apotheken, Drog- u. Delikatess-Geschäften.

Größte Katalog.

Kaffee-Ersatz

liefern das Pfund mit 2,50 in Stoffel. a 3 Pfund, so lange Vorrat reicht. Gustav Teich, Kolberg (D) [Hec]

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

- 10 Pakete Blitzblank 95 Pt.
- 3 Oberlassen dekoriert 95 Pt.
- 20 Meter Kochenkanle 95 Pt.
- 1 Seifendose Zelluloid 95 Pt.
- 12 Kopierstift 95 Pt.
- 4 Pakete Mandelkleie 95 Pt.
- 4 Pakete Waschenpulver 95 Pt.

Emaille

- 1 Emailleteller 95 Pt.
- 1 Bratpfanne mit Stiel 95 Pt.
- 1 Maschinentopf 95 Pt.

Glas

- 1 Blumenvase schwarzes Pressmuster 95 Pt.
- 2 Kompottschüsseln schönes Pressmuster 95 Pt.
- 1 Kompottschüssel hübsches Blumenmuster 95 Pt.
- 1 Kompottschüssel Diamantmuster, rund od. viereckig 95 Pt.
- 1 Marmeladendose schwarzes Pressmuster 95 Pt.
- 1 Blumenvase mit Goldrand 95 Pt.
- 3 Wasserbecher 95 Pt.
- 1 Zuckerschale 95 Pt.

Wirtschafts-Artikel

- 1 Glanzbürste 95 Pt.
- 1 Kopfbürste 95 Pt.
- 1 Schmutzbürste 95 Pt.
- 1 Auftragsbürste 95 Pt.
- 1 Essgabel 95 Pt.
- 1 Königskuchenform 95 Pt.
- 1 Esslöffel 95 Pt.
- 1 Einholetasche 95 Pt.
- 1 Obstkuchenform 95 Pt.
- 3 Gewürzdosen 95 Pt.
- 1 Gewürzkonsol 95 Pt.
- 1 Scheuerbürste 95 Pt.
- 1 Laterne 95 Pt.
- 1 Vorhängeschloss 95 Pt.
- 1 Vorratsdose dekoriert 95 Pt.
- 1 Gebäckkasten dekoriert 95 Pt.

Porzellan

- 1 Milchtopf reich Gold verziert 95 Pt.
- 1 Kuchenteller hübsch. Blumenmuster 95 Pt.
- 1 Blumenvase mit verschiedenen Bildern 95 Pt.

Parfümerie

- 4 Rasierklingen 95 Pt.
- 1 Paket Zahnpulver 95 Pt.
- 1 Zahnbürste 95 Pt.
- 1 Zahnbürstenhülse 95 Pt.
- 1 Paket Toilette-Waschpulver 95 Pt.
- 1 Tube Hautcreme 95 Pt.

Schreibwaren

- 12 Bleistifte mit Schoner 95 Pt.
- 1 Holzschreibzeug m. Schubfach und 3 Tintenfassern 95 Pt.
- 1 Tuschkasten mit 12 Farben 95 Pt.

Steingut

- 3 Speiseteller für Kinder, 1st 95 Pt.
- 1 Essigflasche rund oder eckig 95 Pt.
- 1 Oelflasche 95 Pt.
- 4 Speisenäpfe 95 Pt.
- 2 Schüsseln 95 Pt.
- 1 Wasserkanne dekoriert, verschied. Muster 95 Pt.
- 2 Kartoffelnapfe mit Henkel 95 Pt.
- 3 Kaffeebecher 95 Pt.
- 2 Kaffeetassen mit Untertassen 95 Pt.

- 1 Petroleumkanne lackiert 95 Pt.
- 1 Bratkorb lackiert 95 Pt.
- 1 Fensterriemer lackiert 95 Pt.
- 1 Feldpostdose 95 Pt.
- 1 Küchenkonsol Holz 95 Pt.
- 1 Dosenöffner 95 Pt.
- 1 Messerputzbrett 95 Pt.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin 4 (Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Dienstag, den 22. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreasfestsälen, Andreasstr. 21:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlusfassung über die beantragte Beitragserhöhung.
2. Der Kampf der Junker gegen die Demokratisierung Preussens.
3. Parteingelegenheiten.

Bei der wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Parteimitglieder notwendig. Mitgliedbuch legitimiert. Der Vorstand. J. K.: Karl Klingler.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41:

Fortsetzung der Generalversammlung.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Der Vorstand. R. Junger, O. Schulze, W. Lamm, A. Mirus, P. Müller. Der Aufsichtsrat. J. K.: F. Götter.

Charlottenburg, Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten.

Die Ehrenämter der städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten im Charlottenburger Krankenhaus sind seit 19/20 Jahren sowohl für Männer wie für Frauen, nach Geschlechtern getrennt, viermal wöchentlich, und zwar Montags und Donnerstags von 8-9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12-1 Uhr mittags. Beratungskostenfreie werden hier unentgeltlich untersucht und beraten; eine Behandlung findet nicht statt.

Tabak-Grobschnitt

(kein Rippentabak) Pfd 18.- M. per Nachnahme unfr. Th. Falkenbach, Dortmund, Krimstraße 7.

Aus unserer Pelz-Abteilung

- Astrachan-Mantel mit Ringfell-Kragen 675⁰⁰
- Pers.-Klauen-Mantel 975⁰⁰
- Seal electric-Paletot mit Wickelkragen 725⁰⁰
- Seal electric-Mantel lose Form 1375⁰⁰
- Bisam-Mantel geschwefelte Glockenform 2225⁰⁰
- Alaska-Füchse 65⁰⁰
- Fehrücken-Kragen 52⁰⁰
- Fehrücken-Muffe 62⁰⁰
- Patag. Kanin-Kragen 33⁰⁰
- Patag. Kanin-Muffe 32⁰⁰

Oranien- R. Maassen G.m. Leipziger Str. 165 M. b. H. Str. 42

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltungssitze Berlin. N 54, Liniestraße 83-85. Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Branchenversammlung

der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18 (gr. Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Das Taylorsystem in besonderer Berücksichtigung unserer Branche.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge, Stänger, Schnittarbeiter, alle Arbeiterinnen vornehmender Berufsgruppen, sowie die Einrichter in Maschinenarbeiterabteilungen eingeladen. Mitgliedbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Künstl. Zähne 2 Mark

in moderner, jeder gewünschten Ausführung, m. u. ohne Platte, mit echl. Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitungen, Reparaturen solort. Billige Preise, a. Teilz. Zahnziehen in örtl. Betäub. spez. f. Angest. nerv. Patienten Zahn-Praxis D. A. Löser Rosenthalerstr. 59, nahe Platz. Persönlich zu sprechen 9-7, Sonnt. 10-12. Tel. Nr. 10438.

Punsch-Extrakt

1 Teil mit 2 Teilen siedendem Wasser ergeben einen alkoholfreien feinaromatischen süßen Punsch. Kein Zucker erforderlich 1/2 Fl. 2.10 M. inkl. Für leere Flasch. 20 Pf. zurück Lose von 5 Ltr. an, Ltr. 2 M. Bei Mehrrentnahme billiger. Otto Reichel SO, Eisenbahnstr. 34.

Mittags v. 1-3 geschlossen. Echte Perser- und Deutsche Teppiche Möbelstoffe, Gardinen, Läufertstoffe, Tisch- u. Diwanddecken. Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin-Süd. Seit 1882 nur Oranienstraße 158 Mein allthek. Haushalt keinerlei Beziehung zu ähnlich laut. Firma!

Kat und Mustunft

in Dienstbotenangelegenheiten. Suchende werden 1/2 vertrittensvoll an den 48/50 Verband der Hausangestellten, Berlin SO 16, Engelinger 21 III. Gebietet von 9-5 Uhr.

